Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, 120. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Auch wenn der parlamentarische Alltag schon lange wieder Einzug gehalten hat, ist es gleichwohl die erste Sitzung nach der Sommerpause. Daher freue ich mich, dass alle Kolleginnen und Kollegen – hoffentlich bei allerbester Gesundheit – wieder am Start sind. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zwölf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir in das Protokoll aufnehmen.

Ohne weitere Vorbemerkungen treten wir in die Abarbeitung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW.

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Beschlussempfehlung und Bericht
des Integrationsausschusses
Drucksache 16/12382

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12915

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12916

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12918

Hierzu gibt es allerdings ein paar Vorbemerkungen:

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wurde nach Beratung vom Plenum federführend an den Integrationsausschuss überwiesen – mit der Maßgabe, dass ausnahmsweise eine weitere Aussprache und die Abstimmung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgen soll. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Integrationsausschusses liegen als Drucksache 16/12382 vor, und wir haben den Punkt heute auf der Tagesordnung.

Weiterhin möchte ich Sie alle auf einen Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/11318 – Neudruck – hinweisen. Die Fraktion der Piraten hat diesen Antrag aber zwischenzeitlich zurückgenommen. Hierzu ist bereits die Unterrichtung Drucksache 16/12917 verteilt worden.

Darüber hinaus möchte ich Sie alle gerne darüber informieren, dass im Ältestenrat einvernehmlich vereinbart wurde, zunächst eine allgemeine Aussprache zur Integration mit einer Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion und für die Landesregierung und danach eine fachliche Aussprache zur Integration mit ebenfalls einer Redezeit von jeweils zehn Minuten pro Fraktion und für die Landesregierung zu führen.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich einvernehmlich darauf verständigt, über den Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/12915 bereits im Anschluss an die allgemeine Aussprache abzustimmen. Die Abstimmung über alle weiteren Anträge und damit auch über Entschließungsanträge erfolgt nach Abschluss der fachlichen Aussprache. – So weit herrscht Einvernehmen.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 5. September jährte sich die Entscheidung der Bundeskanzlerin, die Grenzen für Frauen, Männer und Kinder zu öffnen, die in Deutschland Schutz vor Krieg, Terror und Verfolgung finden wollten. Das war eine weitreichende Entscheidung; sie war von Anfang an hochumstritten und ist es heute noch – sogar mehr als vor einem Jahr. Dennoch, meine Damen und Herren, war es eine richtige Entscheidung.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

In jenen Spätsommertagen des vergangenen Jahres stand nicht weniger auf dem Spiel als die Freizügigkeit des Schengen-Raums und damit eine tragende Säule der europäischen Integration.

Um die Freizügigkeit in der Europäischen Union zu retten, musste eine Blockade des Schengen-Raums durch Ungarn verhindert werden. Sie hätte übrigens auch eine dramatische Überforderung der Balkanstaaten und Griechenlands bedeutet. Gleichzeitig musste mit der Türkei ein Abkommen geschlossen werden, das die Kontrolle der Außengrenzen der Europäischen Union erleichtert und die sichere, solidarische und kontrollierbare Aufnahme von Flüchtlingen ermöglicht – so wie es die Genfer Flüchtlingskonvention von Europa verlangt.

Selbstverständlich kann trefflich darüber gestritten werden, inwieweit das alles gelungen ist. Und doch

hat der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler recht, wenn er schreibt: „Deutschland übernahm eine Verantwortung für das Europaprojekt, die weit über die aller anderen europäischen Länder hinausgeht.“

Ja, die Bundesrepublik Deutschland ist ihrer Verantwortung für Europa gerecht geworden.

Und mehr als das: Die Deutschen insgesamt – und nicht nur ihre Regierung – haben auch ihre Verantwortung für Menschen in Not, für Humanität und Mitmenschlichkeit erkannt und angenommen. Die Deutschen haben die Welt in Staunen versetzt; denn sie waren und sie sind, meine Damen und Herren, bereit, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen, auch wenn es ihnen unglaublich viel Kraft, Geld und Geduld abverlangt. Das Gleiche lässt sich übrigens auch von Schweden und Österreichern sagen.

Die Entscheidung der Bundesregierung vom 5. September 2015 war eine Entscheidung für die Menschenrechte, und es bleibt eine Entscheidung für Europa und seine Werte, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und Armin Laschet [CDU])

Das – ich will es ausdrücklich herausstellen – wird auch der bleibende Wert der Kanzlerschaft Angela Merkels sein – ganz gleich, wie lange diese noch dauert.

Meine Damen und Herren, die Bundeskanzlerin wird mit ihrem Satz „Wir schaffen das“ zu Recht in die Geschichtsbücher eingehen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sie es versäumt hat, zu erklären, was wir schaffen müssen, wie wir es schaffen können und welche Vorteile alle Menschen in Deutschland von einer erfolgreichen Integration der Flüchtlinge haben werden.

Einwanderungsgesellschaften sind innovativer, stärker und erfolgreicher als Länder, die glauben, sich abschotten zu müssen. Niemand weiß das besser als wir Nordrhein-Westfalen. Unser Land ist seit mehr als 100 Jahren ein Einwanderungsland. Bei uns leben mehr Menschen mit Migrationshintergrund, als andere Bundesländer Einwohner haben. Wir haben aus unserer Geschichte, aus unseren Erfolgen und auch aus unseren Fehlern gelernt.

Wir wissen, wie Integration gelingt und woran sie scheitern kann. Wir wissen auch: Der Weg zur Integration ist lang; aber die Zeitspanne, um sie auf einen erfolgreichen Weg zu bringen, ist nur kurz.

Mit dem Integrationsplan, den die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen heute für Nordrhein-Westfalen vorlegen, begeben wir uns auf diesen Weg. Er beinhaltet Sprach- und Integrationskurse, frühkindliche Bildung, Kinderbetreuung, Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen, Gesundheitsfürsorge, sozialen Wohnungsbau und nicht zuletzt auch Projekte für das Zusammenleben in der Gemeinschaft, im Quartier, in der Nachbarschaft.

Erfolgreiche Integration in die Gesellschaft, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, beruht immer auf der erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt. Die Chancen sind übrigens weitaus besser, als oft behauptet wird. Die meisten Flüchtlinge sind jung, unter 25 Jahre, sind ehrgeizig und wollen produktiv sein. Sie haben das Potenzial, durch eine Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung die Qualifikationen zu erwerben, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind.

Und sie werden dann niemandem einen Arbeitsplatz wegnehmen. Im Gegenteil, jede Einwanderin und jeder Einwanderer, die auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen, werden uns ein Stück Wirtschaftskraft zurückgeben, die uns durch den demografischen Wandel genommen wird – vorausgesetzt, wir ebnen ihnen jetzt den Weg.

Doch wir müssen mehr tun, meine Damen und Herren. Die Flüchtlinge – ich wiederhole das gern – sind nur der Anlass für Zukunftsinvestitionen, von denen alle Menschen in unserem Land profitieren werden. Sie sind der Anlass, nicht der Grund. Wenn wir jetzt in bessere Schulen, Kitas sowie gute und bezahlbare Wohnungen für alle investieren, dann werden Nordrhein-Westfalen und Deutschland in zehn Jahren stärker und gerechter sein als heute. Wir sind dazu bereit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Unser Integrationsplan ist deshalb immer auch und zugleich ein NRW-Plan. Er kommt allen Menschen in unserem Lande zugute.

Integration verlangt, dass wir Einwanderern den Weg in ein selbstbestimmtes Leben ebnen. Integration verlangt nicht, dass wir unsere Werte infrage stellen oder relativieren. Individuelle Freiheit und Selbstbestimmung kombiniert mit Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit sind die stärksten und attraktivsten Ideen, die je in eine politische Ordnung gegossen wurden.

Wir können Migranten und Migrantinnen nicht ihre religiösen Überzeugungen vorschreiben, und wir verlangen von ihnen auch nicht, dass sie vergessen, woher sie kommen. Was wir aber verlangen, ist die Akzeptanz aller politischen Grundwerte, also ein klares Bekenntnis zu dem, was wir Verfassungspatriotismus nennen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, wir werden von jeder und jedem, die bei uns bleiben wollen, die Einhaltung aller Regeln einfordern, die sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes durch Wahlen und Abstimmungen selbst gegeben haben, und wir werden das Recht auf individuelle

Selbstbestimmung eines jeden Menschen verteidigen, wenn es durch Fanatismus oder gar durch Rassismus bedroht wird. Da bleiben wir klar, da bleiben wir eindeutig.

Meine Damen und Herren, unser Integrationsplan steht in der Tradition einer Integrationspolitik, die seit mindestens 15 Jahren von allen Mehrheiten in diesem Landtag verwirklicht worden ist, sowohl von rot-grünen Mehrheiten als auch von schwarz-gelben.

Wir wissen, dass CDU und FDP nicht mit allem einverstanden sind, was wir heute auf den Weg bringen, und dass sie deshalb unserem Integrationsplan nicht zustimmen wollen. Daraus mache ich Ihnen keinen Vorwurf, meine Damen und Herren; denn wir streiten uns ja nicht über das Ziel der Integration, sondern über die Wege dorthin, über die Maßnahmen für eine gelingende Integration. Und ein demokratischer Streit über Ideen und Konzepte ist immer produktiv, niemals falsch.

Ich bin Ihnen – das will ich allerdings deutlich herausstellen – vielmehr dankbar dafür, dass wir heute hoffentlich eine gemeinsame Resolution verabschieden können – eine Resolution, die zeigt, dass wir uns über die Werte und Ziele der Integrationspolitik einig sind; denn darauf kommt es an.

Wir alle wissen: Die große Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist stolz auf die Vielfalt, auf die Weltoffenheit unseres Landes. Auf diese große Mehrheit, meine Damen und Herren, können wir vertrauen, und wir vertrauen auch darauf.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir in Nordrhein-Westfalen – da bin ich ganz zuversichtlich – werden beweisen, dass die offene Gesellschaft und ihr Sozialstaat stärker, erfolgreicher und gerechter sind als alles, was ihre Feinde zu bieten haben. Deshalb wird die große Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen uns und unserer gemeinsamen Integrationspolitik auch zukünftig vertrauen.

Lassen Sie uns deshalb – das ist meine große Bitte – dieser Resolution mit einer großen Mehrheit zustimmen, ganz in der Tradition dieses Hauses.

Glück auf für unser Land, meine Damen und Herren!

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Laschet das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns einig: Die Aufgaben, die sich aus der Aufnahme von mehreren Hunderttausend Flüchtlingen allein für unser Land, aber auch für Deutschland und Europa ergeben, sind gewaltig. Sie bewegen die Menschen, wie wir in diesen Tagen spüren, wie kaum ein anderes Thema, selbst dort, wo es kaum Flüchtlinge gibt, oder gerade dort.

Wir erleben bei uns in Nordrhein-Westfalen unzählige Freiwillige, die in Kleiderkammern aushelfen, kostenlos Deutschkurse geben, Patenschaften übernehmen, bei Behördengängen helfen. Wir erleben engagierte Menschen in der Zivilgesellschaft. Wir erleben Kirchen, Wirtschaft und Handwerk, die helfen wollen. Wir erleben Flüchtlingshilfe, Vereine, Ehrenamtler. Und wir erleben Kommunen, die in diesen Tagen Großes leisten. Wenn man vor Ort ist, sagt fast jeder Bürgermeister: Wir schaffen das hier bei uns. – Das ist ein tausendfaches „Wir schaffen das“ auf der kommunalen Ebene, was wir in diesen Tagen erleben.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ihnen allen gebührt Dank, und wir müssen als Land das tun, was wir tun können, um sie bei dieser Arbeit zu unterstützen.

Nun hat der Kollege Römer vieles gesagt, was wir teilen, und er hat vor allem beschrieben, dass es zur Geschichte unseres Landes gehört, so zu agieren, wie wir agieren.

Wir haben in diesen Tagen „70 Jahre Nordrhein-Westfalen“ gefeiert, und deshalb gehört zur Integrationspolitik auch, deutlich zu machen: Es geht nicht nur um Flüchtlinge, es geht jetzt nicht nur um diejenigen, die letztes Jahr neu zu uns gekommen sind, sondern die Aufgabe der Integration, Aufstieg durch Bildung für jeden zu ermöglichen, gilt eigentlich seit 50 Jahren, seit die ersten Zuwanderer kamen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Deshalb ist dieses Land – bei den Landesjubiläen, besonders bei den Fernsehberichten, geht das oft unter, auch bei „70 Jahre Nordrhein-Westfalen“ – geprägt durch das Wirtschaftswunder, das ohne die vielen Millionen Gastarbeiter nicht möglich gewesen wäre. Auf dem Deutzer Bahnhof in Köln wurde damals der einmillionste Gastarbeiter, Rodriguez, mit einem Moped empfangen. Das war eine besondere Form von Willkommenskultur, als dort Männer mit Hüten standen und sich über den Einmillionsten freuten.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Der hatte gar keinen deutschen Führerschein!)

In diesem Land ist Kemal Sahin beispielsweise groß geworden, ein Unternehmer, der Zehntausenden Menschen Arbeit gegeben hat. Wenn wir das Fernsehen am Abend einschalten und die „Aktuelle

Stunde“ läuft, dann sehen wir Asli Sevindim, die Tochter von Gastarbeitern, die heute über Landespolitik berichtet. Die Mutter hat noch Fernsehgeräte am Band in Krefeld hergestellt, der Vater war am Ende Kranführer bei ThyssenKrupp. Das zeigt die Aufstiegsgeschichte, die in diesem Land für den, der mitmacht und sich anstrengt, möglich ist.

Die Fußballer brauchen wir gar nicht alle zu erwähnen, die heute zum Stolz der deutschen Nationalmannschaft beitragen. Sie sind geboren – Mesut Özil in Gelsenkirchen – in Dortmund, in den Städten unseres Landes. Insofern wird Integration in Nordrhein-Westfalen seit vielen, vielen Jahren gelebt.

Sie hatte strahlende Tage, wenn ich an das Sommermärchen 2006 denke. Sie hatte auch schreckliche Tage, wie damals 1993, als von rechtsradikalen Jugendlichen ein Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç verübt wurde, mit fünf Toten. Sie hatte auch den Mord an dem Kioskbesitzer Kubaşık in Dortmund, noch 2006; das ist zehn Jahre her. Der NSU hat auch bei uns seine Taten vollbracht.

Dennoch ist es prägend für die Geschichte des Landes, dass man da zusammengestanden hat. Und deshalb ist es eine gute Entscheidung der Jury des Staatspreises, in den nächsten Tagen Christel und Rupert Neudeck mit dem Staatspreis des Landes auszuzeichnen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Eine Persönlichkeit! Wer bei seiner Trauerfeier in St. Aposteln in Köln war, hat erlebt: Die ganze Kirche war voller Vietnamesen – Menschen, die gesagt haben: Ohne diesen Menschen aus Troisdorf, ohne diesen Nordrhein-Westfalen, wären wir gar nicht hier, würden wir gar nicht leben. Er hat uns in den Siebzigerjahren aus dem Südchinesischen Meer gerettet. – Deshalb ist es eine sehr gute Entscheidung, ihn auszuzeichnen.

(Allgemeiner Beifall)

Was prägt die Tradition dieses Landtags? – Herr Kollege Römer hat das erwähnt, 2001 haben die Fraktionen hier zusammengesessen – übrigens vier Jahre vor einer Landtagswahl, die Landtagswahl war 2001 gerade vorbei –, und in diesem Landtag saß so gut wie kein Zuwanderer. Bis 2010 hatten wir in den Fraktionen kaum Zuwanderer. Das ist heute anders, das zeigt, was sich verändert hat.

Damals aber, 2001, hat man sich verständigt, dass wir ein umfassendes Konzept brauchen, das alle Gruppen von Zuwanderern in den Blick nimmt. Zuwanderung birgt Chancen und Herausforderungen für Zuwanderer und für die Gesellschaft. Zuwanderung bedeutet Vielfalt, nicht Assimilation. Integration ist Querschnittsaufgabe, und der Schlüssel ist der Erwerb der deutschen Sprache. – Das hat man damals mit allen Fraktionen so verabredet.

Heute ist der 14. September, in acht Monaten ist Landtagswahl, und wir haben plötzlich eine andere gesellschaftliche Situation als 2001. Wir haben Parteien, die genau das Gegenteil von dem machen, was hier einmal als Konsens verabredet wurde. Deshalb ist es wichtig, heute diese sorgsame Unterscheidung vorzunehmen: nämlich, dass unser Land über Parteigrenzen hinweg die Toleranz von Religionen und Kulturen will, egal ob in acht oder sieben Monaten oder in zwei Tagen Landtagswahl ist.

Zusammenstehen und nicht dulden, dass andere die Gesellschaft spalten – das ist unsere Überzeugung.

(Allgemeiner Beifall)

Um das zu erreichen, haben viele Kollegen von uns und viele Referentinnen und Referenten in und vor den Sommermonaten versucht, noch mal solch einen Text hinzubekommen wie 2001. Ich nenne einige Kollegen aus allen Fraktionen, die besonders um diesen Konsens bemüht waren: Serap Güler, Joachim Stamp, Britta Altenkamp, Jutta Velte, Simone Brand und natürlich auch der Vorsitzende des Integrationsausschusses Arif Ünal.

Es ist aber nicht gelungen. Wir haben nicht einen Text, weil der Anspruch vielleicht zu groß war, auf 30 Seiten mit 170 Spiegelstrichen abzubilden, wie Integrationspolitik verlaufen soll. Wenn sie Querschnittsaufgabe ist, muss darin etwas zur Bildung, zum Wohnungsbau, zur Wirtschaftspolitik und zu vielen Themen stehen, die uns beschäftigen, und da gibt es in diesem Haus natürlich Unterschiede: Sie glauben, Sie machen die beste Integrationspolitik. Wir glauben, wir würden sie noch besser machen, noch mehr für Bildung tun und bei manchem schneller sein als Sie. Das ist aber der normale Wettstreit.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Wir werden Ihren Integrationsplan, wie er heute vorliegt, ablehnen, weil wir bei Bildung und den Aufgaben, die jetzt nötig sind, weitergehende, bessere Konzepte haben. Wir werden aber der Resolution, die Fraktionen von SPD und Grünen heute vorlegen, die im Wesentlichen das Ergebnis des Konsenses der Gespräche unserer Kollegen ist, zustimmen.

Wir senden damit auch ein Signal für die nächsten acht Monate. Wir werden streiten und Ihnen vorwerfen, dass Sie sichere Herkunftsländer nicht anerkennen. Wir werden sagen, in der Schule läuft es nicht optimal, Frau Löhrmann. Wir werden dieses und jenes sagen, aber wenn irgendeiner draußen, der jetzt nicht im Parlament sitzt, versuchen sollte, dieses Thema zu nutzen, um gegen Minderheiten und gegen unsere Mitbürger, die seit Jahren hier leben, Stimmung zu machen, dann werden wir gegen diese Gruppen zusammenstehen.

Dieses Kunststück, das im parlamentarischen Streit nicht einfach ist, sollten wir uns vornehmen. Dann leisten wir einen Dienst an Nordrhein-Westfalen.

(Anhaltender Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum 70. Geburtstag unseres Landes haben uns zahlreiche Glückwünsche erreicht. Sie haben deutlich gemacht, dass NRW viele Freunde hat, in der Bundesrepublik und auch weit darüber hinaus. Etwas, das die Historie unseres Landes eng mit der Gegenwart verbindet, war hier von besonderer Bedeutung: NRW ist Integrationsland, das wurde immer wieder betont, und dass die Menschen an Rhein und Ruhr lange – und zwar sehr lange – und gute Erfahrungen mit Migration und der Aufnahme von Neuankömmlingen gemacht haben.

Dieser besondere Geist, der NRW prägt, überbrückt nicht nur soziale, kulturelle und historische Unterschiede, sondern – das ist mir besonders wichtig, Kollege Laschet und Kollege Römer haben darauf hingewiesen –auch politische Grenzen. Dieser Geist hat sich beispielsweise in der Landespolitik ganz praktisch manifestiert, etwa bei der Integrationsoffensive vor 15 Jahren.

Alle damals im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich gemeinsam zu einer aktiven Integrationspolitik bekannt und sie als Querschnittsaufgabe definiert. Das war die Abkehr von einem alten Denken, das Migranten als Gastarbeiter betrachtete und nicht als Menschen, die sich und ihren Familien hier in Deutschland ein eigenes Leben aufbauen wollten.

Vor zehn Jahren – ich glaube, er hat es aus Bescheidenheit gar nicht erwähnt – wurden dann unter Schwarz-Gelb einzelne Maßnahmen in einem „Aktionsplan Integration“ zusammengefasst, und da verkennen wir nicht die Handschrift des damaligen CDU-Integrationsministers, der in seiner Partei dafür geworben hat, dass eine konstruktive Integrationspolitik möglich geworden ist.

Einige Jahre später, unter Rot-Grün im Jahre 2012, kam das bundesweit erste Teilhabe- und Integrationsgesetz, das in einem Flächenland verabschiedet wurde. Auch das war ein Meilenstein der deutschen Integrationspolitik.

Und jetzt, 2016, kommt der „Integrationsplan für NRW“: „Gelingende Integration von Flüchtlingen“. Das ist ein weiteres wichtiges Pfund für die Integrationspolitik. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei all jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten bedanken, dass diese Arbeit möglich geworden ist. Herzlichen Dank an alle, die daran mitgearbeitet haben!

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der CDU)

Wir haben auf die Herausforderungen reagiert, die aus der großen Flüchtlingsaufnahme entstanden sind. Wir haben uns in NRW parteiübergreifend hinter dem Satz aufgestellt: Wir schaffen das. – Aber wir haben auch gesagt: Das ist keine Sache für Maulhelden, das bedarf vieler Anstrengungen, und vor allem bedarf es jahrelangen, kompetenten und auch anstrengenden Engagements. Ich bin ehrlich gesagt stolz, dass wir uns hier im Landtag dieser Herausforderung gestellt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon in den Tagen und Wochen der Flüchtlingsankunft war uns klar, dass wir eine solche Reaktion brauchen, um die mittel- und langfristigen Aufgaben hier in unserem Bundesland zu bewältigen. Und – das ist eben schon erwähnt worden – diese Anstrengung ist offensichtlich nicht ganz unbemerkt geblieben. Ich fand es schon beeindruckend, was die Bundeskanzlerin dazu gesagt hat – ich zitiere –:

> „Nordrhein-Westfalen ist gewohnt, Menschen, die in das Land kommen, zu integrieren – auch da hat es Großartiges geleistet.“

Weil es Zuwanderung als Bereicherung empfinde, so die Kanzlerin, sei Nordrhein-Westfalen ein Beispiel für viele andere Regionen der Bundesrepublik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist in beiden Beiträgen angesprochen worden: Integrationspolitik ist Querschnittsaufgabe. Entsprechend breit und komplex sind wir die Sache angegangen. Wir orientieren uns am Grundgesetz und seinem Leitbild des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen in einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft: an der Würde des Menschen, an Respekt und Toleranz, der Gleichstellung der Geschlechter, an Religions-, Presse- und Meinungsfreiheit.

Deshalb geht es uns gerade nicht um Assimilation und das Austreiben von Unterschieden, sondern um Toleranz und wechselseitigen Respekt für die Vielfalt der jeweiligen Lebensentwürfe, die es in diesem Land gibt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Mit Sorge sehen wir deshalb auch, dass rassistische Gewalttaten und Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in erschreckendem Maße zunehmen. Die von Rechtspopulisten und Rechtspopulistinnen geschürten rassistischen Ressentiments sind die Basis für solche Gewalttaten. Wer das friedliche Zusam-

menleben von Menschen in unserem Land gefährdet, darf kein Verständnis erwarten. Er wird die ganze Härte unseres Rechtsstaats zu spüren bekommen. Denn unser Rechtsstaat schützt Vielfalt und Toleranz und nicht ihre Feinde, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Das Maßnahmenpaket, das wir Ihnen heute vorlegen, ist umfassend. Wir finanzieren Beratungsmaßnahmen für Flüchtlinge. Wir setzen auf Verbesserungen bei Integrations- und Orientierungskursen und beim Sprachunterricht. Wir haben in NRW eine in Deutschland einmalige Integrationsinfrastruktur geschaffen und entwickeln sie weiter, unter anderem mit kommunalen Integrationszentren, die jetzt landesweit ausgerollt sind, oder dem Aktionsprogramm „KommAn-NRW“.

Besonderes Gewicht legen wir natürlich auf die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und auf Fragen der Unterkunft. Und sehr groß ist unser Engagement bei Schule, Bildung und Betreuung. Wir machen aus der bildungspolitischen Präventionskette eine Integrationskette für Flüchtlingskinder, und zwar mit mehr als 5.700 Stellen in Schulen – das sind Stellen, die allen Kindern unseres Landes zugutekommen –,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

mit mehr als 2.400 zusätzlichen Sprachfördergruppen und – ich war wieder beeindruckt, als ich es gelesen habe – 17.500 zusätzlichen Plätzen in den offenen Ganztagsschulen unseres Landes. Mit diesem Vorgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir bundesweit Maßstäbe gesetzt, und wir alle miteinander können stolz auf diese Leistung sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber auch der Bund muss seine Hausaufgaben machen. Das BAMF galt lange als Nadelöhr in diesem Zusammenhang. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das diesen Namen verdient, und wir brauchen mehr Anstrengungen des Bundes zum Beispiel bei der Kinderbetreuung, bei der schulischen Bildung und eine stärkere Unterstützung beim sozialen Wohnungsbau.

Vor allem aber muss der Bund anerkennen, dass es sich hierbei um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt. Der Bund muss die Kommunen endlich in dem Maße entlasten, wie sie es verdienen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Zum Schluss muss ich leider auf einen Vorgang zu sprechen kommen, den ich ehrlich gesagt für eine Schmierenkomödie halte.

Der Ausstieg der FDP aus dem interfraktionell angelegten Entschließungsantrag zum Integrationsplan war meines Erachtens eine wahltaktische Inszenierung und keine sachpolitische Entscheidung.

Statt sachlich zu verhandeln, wurden Maximalforderungen an den Anfang gestellt, die eins zu eins umgesetzt werden sollten. Allein die Verknüpfung der Forderungen damit, dass sie aus Maßnahmen des Umweltministeriums gegenfinanziert werden sollten, zeigten, dass hier jemand sachfremd unterwegs war. Anders als die CDU hat die FDP meines Erachtens zu keinem Zeitpunkt eine konstruktive Linie verfolgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, dieses Vorgehen zeugt von einem äußerst unsensiblen Umgang mit dem Thema „Integration“ insgesamt

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Davon zeugt auch Ihre Rede!)

und insbesondere vor dem Hintergrund der Geschichte dieses Hauses.

Ich möchte an dieser Stelle nur zitieren, was Kollege Laschet dazu gesagt hat. Die „WAZ“ dokumentiert dessen entsetzte Reaktion – so ist es geschrieben – und zitiert ihn mit den Worten:

> „Das ist kein Grund, den Integrationsplan scheitern zu lassen. Wenn es um Integration geht, brauchen wir den Konsens der fünf Fraktionen im Landtag.“

Der Streit um Details zwischen den Fraktionen dürfe nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich diesem Appell ausdrücklich anschließen und bitte alle Fraktionen, diesem Konsens in diesem Hause zuzustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Michele Marsching [PIRATEN]: Welcher Konsens denn? Was für ein Konsens? Was ist das für ein Blödsinn! Wenn es einen Konsens gäbe!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Freien Demokraten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns zur humanitären Verantwortung in Deutschland und in diesem Bundesland bekennen, dass wir eine Politik machen, die frei von Ressentiments ist, und dass wir keine Politik auf Kosten von Flüchtlingen machen. Wir haben in dieser Legislaturperiode in vielen Debatten sehr klar gemacht, dass an dieser Position nichts zu deuteln ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen dafür aber keine Resolution, in der zum Teil Selbstverständlichkeiten stehen, zum Teil aber auch Dinge, die schlichtweg nicht stimmen. Herr Mostofizadeh, Sie waren bei den Gesprächen ja nicht dabei, Sie haben es wahrscheinlich von Frau Beer geschildert bekommen. Ich möchte aber ganz deutlich sagen, dass Formulierungen wie „In Nordrhein-Westfalen stehen die im Landtag vertretenen Parteien für eine auf Verständigung und Konsens ausgerichtete Integrationspolitik“ und „Der Wille zur Einigung und Gemeinsamkeit in der Integrationspolitik leitet die Fraktionen des Landtags dieser Legislaturperiode auch heute“ schlichtweg nicht stimmen.

Wir haben es in den Verhandlungen erlebt: Es hat kein Entgegenkommen gegeben, schon vom Umgang her war es eine Unverschämtheit. Fragen Sie einmal die Kollegen von den Piraten oder Frau Güler, wie hier verhandelt worden ist!

(Christian Lindner [FDP]: Scheinheilig ist das!)

Wir springen nicht über jedes Stöckchen, das Sie uns hinhalten.

(Beifall von der FDP – Michele Marsching [PIRATEN]: Die Wahrheit reißt das Niveau nach unten!)

Vielmehr – und das haben die Gespräche gezeigt – geht es eben nicht allein um Details, in denen wir uns unterscheiden, Herr Laschet, sondern es geht bei der Integrationspolitik um die grundsätzliche Haltung. Wir wollen eine andere Verbindlichkeit in der Integrationspolitik. Wir sind bereit, an dieser Stelle mehr Geld in die Hand zu nehmen. Wir wollen die Flüchtlinge enger an die Hand nehmen, als Sie das tun.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie setzen, wenn man es freundlich formuliert, auf Freiwilligkeit, man könnte aber auch sagen, viel stärker auf Beliebigkeit. Der von Ihnen hier vorgelegte Integrationsplan ist ein Sammelsurium von Absichtserklärungen, von Forderungen an den Bund, von Forderungen an die EU, von Forderungen an die Kommunen – aber wirklich in Haftung gehen für die Integration in Nordrhein-Westfalen tun Sie als regierungstragende Fraktionen eben gerade nicht.

(Beifall von der FDP)

Im Gegenteil: Sie sind sogar so weit gegangen, vorbei an der Gruppe, die sich hier auf einen Konsens zu verständigen versucht hat, seitens der Schulministerin einen Erlass auf den Weg zu bringen, über den selbst Ihr Koalitionspartner nicht informiert gewesen ist. – Wenn man sagt, man will wirklich eine gemeinsame Politik in diesem Hause haben, ist dies ein Umgang, der diesem Hause einfach nicht würdig ist.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Integration sprechen, müssen wir auch über die Flüchtlingspolitik insgesamt sprechen. Wir spüren auch eine große Verunsicherung in der Bevölkerung, weil viele den Eindruck haben, dass hinter dem „Wir schaffen das“ eine Konzeptlosigkeit steht.

(Armin Laschet [CDU]: Quatsch!)

Es reicht eben nicht aus, wenn wir nur sagen „Dieser Bürgermeister sagt, wir schaffen das, und die Bundeskanzlerin sagt, wir schaffen das“, sondern wir müssen immer wieder erklären, wie genau das geschafft werden soll.

Die Große Koalition – Herr Laschet, Frau Kraft, Sie sind ja eigentlich auch in den Parteispitzen eingebunden – ist trotz der riesigen Herausforderung, vor der wir stehen, nicht in der Lage gewesen, ein konsistentes Einwanderungsrecht auf Bundesebene auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen legale Möglichkeiten, über ein Einwanderungsgesetz nach Deutschland zu kommen. Wir brauchen aber eine unterschiedliche Herangehensweise für diejenigen, die dauerhaft hier bleiben wollen, und diejenigen, die als Flüchtlinge zu uns kommen.

Hierzu haben wir Ihnen Vorschläge unterbreitet. Wir haben Ihnen gesagt, dass wir einen eigenen Status für Bürgerkriegsflüchtlinge brauchen, der vorübergehend ist,

(Nadja Lüders [SPD]: Den haben wir schon!)

weil wir die humanitäre Verantwortung haben, den Menschen aus den Kriegsgebieten hier Schutz zu gewähren.

Aber wir haben auch gesagt, dass wir ein Einwanderungsgesetz brauchen, was regelt, wer dauerhaft bleiben kann. Das ist doch das, was wir bei jedem Einwanderungsland dieser Welt erleben: dass nämlich die Kriterien definiert werden, nach denen sich diejenigen, die dauerhaft bleiben, bewerben können.

(Beifall von der FDP)

Natürlich steht es auch denjenigen zu, die zu uns geflüchtet sind; natürlich haben sie dann die entsprechende Bleibechance. Aber wir brauchen doch auch eine entsprechende Struktur. Deswegen haben wir Ihnen immer wieder das Angebot gemacht, gemeinsam mit Ihnen eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen.

Ich erneuere hiermit dieses Angebot und verbinde es mit einer Forderung: Es reicht nicht aus, immer nur in Interviews zu sagen, dass wir ein Einwanderungsgesetz brauchen. Wenn die Große Koalition in Berlin nicht in der Lage ist, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen, dann ist es die Verantwortung des größ-

ten Bundeslandes, hier Nordrhein-Westfalen, voranzugehen und dies mit einer Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Ich sage Ihnen – und deswegen wird es Ihnen auch nicht gelingen, uns hier in irgendeine Ecke zu stellen; ich rieche schon Ihre Strategie, um die es hier geht –:

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Das machen Sie schon selber! – Gegenrufe von der FDP)

Wir sind gemeinsam mit Ihnen bereit, Struktur und Verantwortung zu übernehmen.

Wobei wir aber nicht mitmachen, das ist dieser Integrationsplan. Ich nenne Ihnen noch einmal ganz klar die Punkte, an denen die Unterschiede deutlich werden: Wir haben gesagt – und mit uns in der Anhörung alle Experten und Verbände, in Vieraugengesprächen auch die Sozialdemokratie und auch die CDU –, dass eine erweiterte Schulpflicht für Flüchtlinge bis zum 25. Lebensjahr eine Grundvoraussetzung ist, wenn wir die Menschen in Arbeit bringen wollen.

(Zustimmung von Armin Laschet [CDU])

Der Unterschied ist: Wir wollen nicht, dass Flüchtlinge ihren Namen tanzen können, sondern wir wollen, dass sie die Chance erhalten, wirklich in den Arbeitsmarkt zu kommen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Ja, das kostet Geld. Aber das muss man dann eben in die Hand nehmen.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben zum Zweiten gesagt: Wir wollen einen Rechtsanspruch für jeden Flüchtling, der in einer Kommune angelandet ist. Wir haben eine Differenz von ungefähr 25.000 Plätzen und damit eine Unterversorgung. Hierbei gibt es eine klare Herausforderung.

Wir haben viele Gespräche in den Jobcentern und mit der Bundesagentur für Arbeit geführt. Die Leute dort sehen es ganz genauso, dass hier erst einmal die Grundlage gelegt werden muss. Die deutsche Sprache als Voraussetzung – das ist bei Ihnen in vielen Bereichen noch nicht wirklich angekommen. Es ist aber die Voraussetzung für den Erfolg am Arbeitsmarkt.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Wir haben darüber hinaus gesagt: Es geht nicht an, dass Sie bei fast allen Themen, die Ihnen bei der Integration wichtig sind, sagen, dass das vor Ort die kommunalen Integrationszentren richten müssten, die Sie jetzt auf den Weg gebracht haben. – Sie haben weder das geeignete Personal für all das, was Sie Ihnen abverlangen, noch haben sie dafür die finanziellen Mittel.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Deswegen haben wir gesagt – das ist der dritte Punkt –: Wir wollen landesweit Stellen vom Land für die Integration in Arbeit.

Der vierte Punkt lautet: Wir wollen Landesstellen für die Koordination des Ehrenamtes vor Ort.

Sie berufen sich in Ihrer Integrationspolitik immer auf die tollen Erfolge der Integration Points. Das ist aber nicht Ihre Leistung, sondern das ist die Leistung der Bundesagentur für Arbeit.

(Marc Herter [SPD]: Herr Kollege!)

Sie schmücken sich hier mit fremden Federn.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von der SPD – Nadja Lüders [SPD]: Wer hat es erfunden?)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie so weitermachen bei der Integration der Flüchtlinge … Wir haben im Übrigen ein Jahr verloren, denn wir haben vieles von dem, was zu Recht drinsteht, schon vor einem Jahr gefordert. Sie haben das alles abgelehnt, weil es von der Opposition kam. Das gehört zur Wahrheit auch dazu.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben Ihre eigene Wahrheit! – Weitere Zurufe)

Sie werden bei der Flüchtlingsintegration scheitern, wenn Sie so weitermachen. Sie werden genauso scheitern wie mit dem Slogan: „Kein Kind zurücklassen!“, wie jetzt der Bericht über die Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen zeigt. Parolen ersetzen keine Politik.

(Beifall von der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Warum kritisieren Sie jetzt Ihren Fraktionsvorsitzenden? – Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Darum stehen wir als Kulisse für eine falsche Integrationspolitik nicht zur Verfügung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion der Piraten spricht jetzt Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer! CDU, SPD und Grüne beim harmonischen Kuschelkurs. Ein Debattierclub, in dem sie sich gegenseitig abfeiern. Sie haben es sich schön gemütlich hier draußen gemacht. – Das liegt vielleicht daran, dass man nicht weiß, wie die Koalition nächstes Jahr aussieht. Aber

sie beweihräuchern sich hier selbst, und draußen rauscht der „ICE Migration“ an ihnen vorbei.

(Nadja Lüders [SPD]: Über Land!)

Wir haben mit der Migration eine historische Aufgabe in diesem Jahrzehnt, und wir haben keine Zeit. Wir haben nicht 2010, um uns irgendwie proaktiv vorzubereiten. Wir haben auch nicht 2013, um den Prozess aktiv zu begleiten. Wir haben 2016, und wir können mal wieder nur reagieren, wie es Politik so oft tut. Und wir reagieren viel zu langsam.

Der vorliegende Antrag von SPD und Grünen – man muss genau lesen – ist kein Integrationsplan. Nein, darin steht: Das ist ein Rahmen für den Integrationsplan, den dann die Landesregierung bitte zukünftig irgendwann einmal gestalten soll. Wann denn? Wir haben keine Zeit!

Wissen Sie, warum in keinem Museum ein Rahmen ohne Bild hängt? Weil das niemanden interessiert.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN)

Wenn Sie dieses Bild nicht haben, werden andere Schmierfinken kommen und dieses Bild zeichnen: mit Obergrenzen

(Zuruf von der CDU: Oh!)

und anderen Sachen. Wir stehen in unserer Gesellschaft an einem Scheideweg zwischen Offenheit und Angst. Diese Handlungsunfähigkeit mit diesem bilderlosen Rahmen erzeugt Unsicherheit. Diese Unsicherheit erzeugt Angst. Angst erzeugt Hass. Und Hass erzeugt unendliches Leid.

Wie sieht denn die derzeitige Situation aus? Wir haben immer noch viel zu wenige Sprachkurse. Sie versuchen, das jetzt aufzubauen. Aber es ist nicht genug. Nehmen Sie bitte endlich einmal Geld in die Hand! Die Volkshochschulen lechzen danach, endlich mehr unterrichten zu dürfen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das wäre vielleicht eine Überlegung. Denn immer hängt alles am Geld. Man sollte sich überlegen, ob es da nicht Ausnahmedefinitionen bei der hochgelobten Schuldenbremse gibt. Denn daran hängt scheinbar der ganze Segen.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie preisen sich für 5.000 Lehrerstellen, die Sie geschaffen haben. Das ist total klasse. 5.000 Lehrerstellen – das klingt klasse. Wenn Sie aber nur 1.000 Ausbildungsplätze haben, wird es schon eng. Diese Sachen sind nicht zu Ende gedacht worden. Auch wenn Sie vielleicht noch ein paar arbeitslose Lehrer von der Straße holen, bekommen Sie diese 5.000 Stellen erst einmal nicht besetzt.

Gestern kamen auf den letzten Drücker die Finanzanträge. Da sehe ich ein bisschen Licht am Ende des Tunnels. Die kommunalen Integrationszentren werden personell aufgestockt. Das ist gut. Daran sieht man, dass vielleicht unsere Vorschläge aus den letzten Jahren doch etwas gefruchtet haben.

Aber es gibt immer noch Massenunterkünfte mit defekten Toiletten. Sie brüsten sich mit Abschiebungen in vermeintlich sichere Herkunftsländer. Es gibt immer noch Arbeitsverbote, es gibt Wohnsitzauflagen und vieles mehr.

Wir haben eine Anhörung zu den Anträgen gemacht. Was haben die Experten gesagt? Sie haben Ihnen erst einmal um die Ohren gehauen, dass in dem Antrag – das steht immer noch drin – die Silvesternacht in Köln auftaucht. Das gehört in keinen Integrationsplan. Das ist unsäglich.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Experten sagen: Unterbringung und Gesundheit sind das Fundament für Integration. Nur in Sicherheit und mit gewissem Wohlbefinden sind Lernen, Arbeit und Freundschaft überhaupt möglich. Massenunterkünfte machen krank: keine Privatsphäre, keine Ruhe und keine Chance, Selbstachtung wieder aufzubauen. Kinder können keine Klassenkameraden einladen, was Verhinderung von Integration und gesellschaftlicher Teilhabe bedeutet.

Das muss doch heißen, dass wir im Integrationsplan dezentrale und private Unterbringung deutlich in den Vordergrund stellen müssen. Da müssen natürlich auch endlich Standards her. Da reicht es nicht, im viertletzten Nebensatz irgendwo die dezentrale Unterbringung zu platzieren. Das muss ganz zentral positioniert sein, das muss nach vorne.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir brauchen keine Aufteilung in gute und schlechte Flüchtlinge. Wir brauchen diskriminierungsfreie Teilhabe, gesetzlich garantiert und organisiert. Ein Integrationsplan darf nicht drohen, hinter Teilhabe und Integrationsgesetz zurückzufallen. Sie sind ja im Time-Warp, Sie machen ja Schritte nach hinten statt nach vorne.

Wir verstehen, dass Sie der Opposition nicht zuhören wollen; das hat ja auch Herr Stamp erfahren. Aber hören Sie wenigstens auf die Experten, die kennen sich nämlich besser aus als Sie, ansonsten können wir die ganze Sache mit den Anhörungen ja auch direkt vergessen.

(Beifall von den PIRATEN)

Apropos: der Opposition zuhören. Wo könnten wir heute schon sein, wenn Sie ab und zu mal das täten, was die Oppositionsfraktionen fordern! Denn wir Piraten haben seit Jahren ein gelingendes und klares Bild von Integration. Die konsequente Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, die nachhaltige Förderung von Begegnungsmöglichkeiten, der Aus-

bau von Freifunk und die damit verbundene Bereitstellung von freiem Internetzugang in allen Flüchtlingseinrichtungen – als wir das in den Jahren 2013/2014 gefordert haben, was sind wir hier im Plenum abgewatscht worden! – Ha, ha, auch noch Internet für Flüchtlinge! Ja, was denn noch alles?

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Stimmt doch gar nicht! Das ist nicht wahr!)

Jetzt ist das für Sie eine Selbstverständlichkeit? Jetzt geht das auf einmal? – Unser Antrag ist abgelehnt worden, Sie müssen sich gar nicht so aufregen, Herr Bolte.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Ihr wolltet vielleicht zustimmen!)

Wir finden es gut, dass Teile unserer Forderungen jetzt endlich von Ihnen aufgenommen worden sind. Aber wir müssen hier ein Bild von der Zukunft malen und keines von vor zwei oder drei Jahren, sonst laufen wir nämlich wieder nur Dingen hinterher, anstatt endlich einmal proaktiv zu handeln.

Ich würde mich jetzt nicht selbst als Picasso der Integrationspolitik bezeichnen. Aber im Vergleich mit den anderen Fraktionen spielen wir mit unserem Integrationsbild seit vier Jahren in der integrationspolitischen Champions League, während man sich bei Ihnen fragen muss, ob Sie den Aufstieg ins Profigeschäft jemals schaffen werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben nicht nur im März, sondern eigentlich schon immer drei Säulen von gelingender Integrationspolitik aufgezeichnet:

Erstens fordern wir ein eigenständiges Ministerium für Integration, Flucht und Einwanderung sowie die Gründung einer interministeriellen Arbeitsgruppe mit dem Thema „sozialer Wohnungsbau“.

Die Aufgaben des neuen Ministeriums sollten unter anderem lauten: Suche nach und Bereitstellung von menschenwürdigen Unterkünften, Etablierung von Mindeststandards in diesen Unterkünften in ganz NRW, Sicherstellung der sozialen, rechtlichen, medizinischen und psychologischen Betreuung in den Unterbringungseinrichtungen, Unterstützung der Kommunen bei der Vermittlung von Schul- und Kitaplätzen, Einführung von Deutschkursen als Standard und Unterstützung bei der Vermittlung in Arbeit und Ausbildung. Dabei soll das Ministerium natürlich eng mit den Trägern der Flüchtlingshilfe zusammenarbeiten.

Die interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des neuen Ministeriums sorgt darüber hinaus dafür, dass ab 2017 keine Unterbringung in Zelten und Turnhallen mehr stattfindet, dass über die vorhandenen Förderprogramme hinaus weitere Sozialwohnungen geschaffen werden und dass Grundstücke erschlossen werden, die sich für den Bau von Wohnungen für Flüchtlinge in modularer Holzbauweise sowie für Neubauten eignen.

Zweitens trägt unser Bild von Integration die Überschrift: Deutschland ist ein Aufnahmeland. „Deutschland ist ein Aufnahmeland“ – um diesen Satz zu leben, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Wir benötigen eine rechtliche und tatsächliche Gleichstellung aller Migranten, um echte Integration überhaupt zu ermöglichen.

Ich weiß, das kennen Sie, das ist das Kühn-Memorandum, aber irgendwie ist das bei Ihnen immer noch nicht angekommen. Denn der Zugang zur gesundheitlichen Versorgung, zum Berufs- und Ausbildungsmarkt, zur sozialen Berufsförderung und Familienleistungen sowie zu vielen anderen Teilhabemöglichkeiten ist leider auch mit dem Integrationsplan vom Aufenthaltsstatus, von der Aufenthaltsdauer und vom Herkunftsland abhängig. Damit gibt es unzählige Flüchtlinge bzw. Menschen zweiter Klasse.

Wir brauchen den vollständigen Zugang zu Integrationskursen. Das geht mit den unterschiedlichen Bleibeperspektiven nicht. Wir wollen diesen Menschen den Familiennachzug ermöglichen. Wir fordern uneingeschränkten Zugang zum Gesundheitswesen. Und wir möchten, dass diese Menschen selbst entscheiden können, wo sie leben.

Drittens. In unserem Bild stellen wir Harmonie zwischen Alt- und Neubürgern her. Eine starke Zivilgesellschaft und ein konsequentes Vorgehen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit …

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Simone Brand (PIRATEN): Ich komme sofort zum Ende.

… sind die Voraussetzung für ein integrationsfreundliches Klima. Das heißt: politische Bildung für alle. Wir müssen um jeden kämpfen, der Gefahr läuft, in die rechte Ecke abzurutschen.

Zum Schluss: Ihre nichtssagende Resolution ist eine Luftnummer, die natürlich abzulehnen ist. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte zu Beginn daran erinnern, dass vor wenigen Tagen hier in Düsseldorf mit mehreren hunderttausend Gästen der 70. Ge-

burtstag unseres Bundeslandes Nordrhein-Westfalen gefeiert wurde, und viele von Ihnen werden sicherlich dabei gewesen sein.

Genauso lange, nämlich 70 Jahre, ist unser Bundesland Nordrhein-Westfalen auch Einwanderungs- und Integrationsland. Seit annähernd 1946 hat es kein Jahr gegeben, in dem unser Land nicht durch Migration, in welcher konkreten Form auch immer, geprägt worden ist. Ich erinnere daran, dass derzeit in unserem Land Nordrhein-Westfalen rund 4,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund unter uns und mit uns leben. Auch andere Länder in Deutschland sind seit Langem Einwanderungsländer. Das verbindet uns mit ihnen.

Was uns aber in Nordrhein-Westfalen von anderen immer abgehoben hat und bis heute abhebt, ist, dass wir stolz darauf sind, Einwanderungs- und Integrationsland zu sein, dass wir stolz darauf sind, eine lebendige, eine multikulturelle Gesellschaft zu haben.

Wir bekennen uns offensiv dazu, gerne in einem Land zu leben, in dem Menschen aus anderen Ländern, die sich zu unserer Werteordnung bekennen und die mit uns anpacken wollen, NRW nach vorn zu bringen, als Mitbürgerinnen und Mitbürger herzlich willkommen sind.

Dass Nordrhein-Westfalen Integration jetzt schon gut hinbekommt, das hat vor Kurzem auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bestätigt, die ich in diesem Fall besonders gern zitiere. Sie sagte aus Anlass des Landesjubiläums – ich zitiere sinngemäß –:

Nordrhein-Westfalen ist gewohnt, Menschen, die in das Land kommen, zu integrieren – auch da hat es Großartiges geleistet. Das hat eine Tradition, die sehr viel länger ist als die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Es sind sehr viele polnische Menschen gekommen, auch Menschen aus den damaligen östlichen Teilen Preußens, als die große Zeit der Kohle und des Stahls war.

Es sind dann später Gastarbeiter gekommen, aus Italien, aus Spanien und dann auch aus der Türkei – in einer großen Zahl.

Nordrhein-Westfalen hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine Million Vertriebene aufgenommen – eine großartige Leistung auch der Integration.

Und deshalb ist Nordrhein-Westfalen ein Land, das sich immer offen für die Fähigkeiten, für die Fertigkeiten von Menschen aus anderen Bereichen gezeigt hat und diese Menschen immer als Bereicherung verstanden hat, und ist damit auch ein Beispiel für viele andere Regionen in der Bundesrepublik Deutschland.

Da hat die Bundeskanzlerin recht. Ich stimme ihr in dieser Sache zu einhundert Prozent zu. Lob aus Nordrhein-Westfalen kann sie in diesen Tagen sicherlich auch gut gebrauchen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber wir dürfen auch mit Stolz behaupten, dass Nordrhein-Westfalen zu Recht gelobt wird. Die kommunalen Integrationszentren, mit denen wir Integration eine Struktur vor Ort gegeben haben, sind nun fast flächendeckend in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Für diese einzigartige Integrationsinfrastruktur werden wir bundesweit beneidet. Und, Herr Kollege Stamp, sie sind nicht jetzt eingerichtet worden, sie sind bereits im Jahre 2012 eingerichtet worden. Das Personal ist in diesem Jahr schon einmal aufgestockt worden, und wie wir den Haushaltsanträgen entnehmen können, die uns vorliegen, plant der Gesetzgeber, sprich Sie, das Parlament, die Personaldecke noch einmal aufzustocken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Oder nehmen wir die Integration Points; die hatten wir schon früh in die Fläche gebracht, weil natürlich Flüchtlinge in ganz Nordrhein-Westfalen in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Das war sehr wohl eine Idee der Bundesagentur für Arbeit, die in Nürnberg im Verwaltungsrat beschlossen hat, mit sieben Modellprojekten in sieben Städten in der Bundesrepublik Deutschland so etwas zu versuchen.

Im Oktober vergangenen Jahres haben wir hier in Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung unterschrieben – mit der Regionaldirektion, mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung –, dass wir diese Integration Points aufgrund der Tatsache, dass wir davon überzeugt sind, dass sie bei uns gut arbeiten können, schon flächendeckend im Land installieren, in allen 30 Agenturbezirken. Deswegen haben wir heute schon 83 Integration Points in Nordrhein-Westfalen. Zum Vergleich mit anderen Bundesländern: Das Bundesland Bayern hat nicht einen einzigen Integration Point, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie mögen entschuldigen, dass wir nicht unbedingt den Drang verspüren, uns ausgerechnet mit Bayern als integrationspolitisches Vorbild zu vergleichen.

Stattdessen haben wir gemeinsam mit der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung G.I.B. die Reihe „NRW. Das machen WIR!“ gestartet, in der wir in den Regionen zeigen, was dort alles zur Integration der geflüchteten Menschen passiert. Auf der Internetseite können Sie das nachlesen; es wird täglich aktualisiert. Hier sehen wir hervorragende innovative Ideen. Diesen Ideen wollen wir damit ein Gesicht geben, und wir wollen dazu anregen, dass diese Ideen natürlich auch nachgeahmt werden können, denn sie bieten sich dafür an.

Der Integrationsstaatssekretär ist zu diesem Zeitpunkt bei der Bürgermeistertagung des Städte- und Gemeindebundes NRW in Münster. Das Thema lautet: Integration von Flüchtlingen. Er informiert die rund 50 anwesenden Bürgermeister über die Integrationspolitik des Landes NRW. Dabei geht es natürlich – wie sollte es anders sein in einer Diskussionsveranstaltung mit den Bürgermeistern – vorrangig um die Integration vor Ort, nämlich in den Kommunen.

Meine Damen und Herren, wir sind stolz darauf, ein Land der regionalen und kulturellen Vielfalt zu sein, in der nicht Herkunft, sondern Haltung über Zugehörigkeit entscheidet. Diesen Stolz werden wir uns auch nicht ausreden lassen von denen, die am rechten Rand Stimmung machen gegen Einwanderung und Flüchtlinge und gegen alle, die anders sind als sie selbst.

Deshalb gilt, auch mit Blick auf die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und die AfD: klare Kante gegen rechts, klare Kante gegen die Aufwiegler und Demagogen. Eine rechte, einwanderungsfeindliche und auf Ausgrenzung setzende Partei – das sage ich auch mit Blick auf das kommende Jahr – hat im Düsseldorfer Landtag nichts, aber auch gar nichts zu suchen. Nach den Worten des Kollegen Laschet sehe ich uns an dieser Stelle Seit an Seit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es gibt in Nordrhein-Westfalen die gute Tradition und Praxis der integrationspolitischen Zusammenarbeit. Kollegen Römer und Laschet haben bereits darauf hingewiesen. Auch wenn wir heute keinen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen beraten, möchte ich an dieser Stelle noch einmal dazu aufrufen. Es spricht für die Kultur unserer integrationspolitischen Debatte, wenn man sieht, wie gewissenhaft, wie beteiligungsorientiert und wie intensiv das Parlament, wie Sie also als Abgeordnete, mit den Expertinnen und Experten in den Anhörungen diskutiert haben. Das war seitens aller Fraktionen immer sachlich fair und zielführend. Dafür gilt Ihnen mein ausdrücklicher Respekt und auch Dank.

Ich erinnere mich auch an die gute Zusammenarbeit bei der Integrationsoffensive von 2001, die die intensiven Diskussionen damals zum Inhalt hatte, damit wir die Grundlagen für eine gute Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen legen. Ich erinnere mich an den Aktionsplan Integration von 2006 und an das Teilhabe- und Integrationsgesetz, das ohne Gegenstimmen im Landtag verabschiedet wurde. Glauben Sie mir, niemand bedauert es mehr als der Integrationsminister des Landes, dass es nicht zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zur Integrationspolitik gekommen ist, so wie das in der Vergangenheit in der Geschichte dieses Hauses üblich war.

Wir beraten heute einen Antrag, der umfassend die Integrationspolitik des Landes beschreibt und Maßnahmen einfordert. Er betrifft alle Ressorts der Landesregierung. Denn Integration ist mehr denn je ein Querschnittsthema, das uns alle betrifft. Somit war es auch folgerichtig, dass in annähernd allen Ausschüssen des Landtags Anhörungen stattgefunden und Experten diese Diskussionen geführt haben. Damit war die Einbindung aller fachpolitischen Aspekte gewährleistet. Das war angesichts der Vielzahl und der Vielfalt der zu regelnden Aufgaben, wie sie in dem jetzigen Antrag definiert werden, erforderlich.

Ich halte den hier vorgeschlagenen Integrationsplan NRW für einen sinnvollen, für einen notwendigen Schritt zur Weiterentwicklung der nordrhein-westfälischen Teilhabe- und Integrationspolitik.

Lassen Sie uns nicht aus dem Blick verlieren, dass der integrationspolitische Konsens in Nordrhein-Westfalen ein hohes und schützenswertes Gut ist. Wir streiten – der Kollege Laschet hat es dargestellt –, wenn es nötig ist, im Detail. Die integrationspolitischen Ziele jedoch sollten wir weiterhin gemeinsam im Sinne der Geschichte dieses Hauses verfolgen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN und Lutz Lienenkämper [CDU])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der allgemeinen Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/12915. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 16/12915 angenommen** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU bei Neinstimmen der Fraktion der Piraten und der FDP-Fraktion.

Wir kommen nun zur fachlichen Aussprache zur Integration, dem zweiten Teil dieser Debatte am heutigen Morgen. Ich erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Yetim das Wort.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im März dieses Jahres den ersten Entwurf ins Parlament eingebracht und haben dann nach einer sehr intensiven Phase des Austauschs mit Expertinnen und Experten über den Integrationsplan gesprochen. Jetzt liegt die überarbeitete Version vor.

Ich möchte daran erinnern, wie wir darüber diskutiert haben. Wir haben in allen Ausschüssen und in einer sehr großen, umfangreichen Anhörung im Integrationsausschuss ausgesprochen sachlich und fundiert

mit den Expertinnen und Experten diskutiert. All das, was an Erkenntnissen, Erfahrungen und Vorschlägen von den Expertinnen und Experten eingebracht wurde, haben wir bedacht. Vieles davon finden Sie jetzt in dem Integrationsplan wieder.

Herr Stamp, es ist nicht so, dass es sich um ein Sammelsurium von unstrukturierten Maßnahmen, die Rot-Grün vorschlägt, handelt. Nein, so ist es nicht. Die Vorschläge, die uns die Expertinnen und Experten mitgegeben haben, haben wir natürlich nicht alle aufgenommen – wir haben als Politiker ja auch Ideen, und als Integrationspolitiker sowieso. Den allergrößten Teil haben wir aber da reingepackt, Herr Stamp, das will ich ganz deutlich sagen. Deswegen ist es auch kein Sammelsurium, sondern es ist das, was aus der Mitte der Gesellschaft Nordrhein-Westfalens an uns herangetragen worden ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Überlegen Sie sich mal, Herr Stamp, wer alles in diesen Expertenanhörungen dabei saß: Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Unternehmer – alle saßen dabei.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Dann habt ihr es wieder rausgestrichen!)

Und das ist in diesem Integrationsplan drin. Natürlich werden Sie das eine oder andere vermissen, aber das gehört dazu. Das ist auch in Ordnung, und das ist richtig so. Aber der allergrößte Teil ist dabei.

Deswegen bin ich sehr froh und auch sehr stolz, dass Nordrhein-Westfalen das erste Bundesland ist, das ein umfassendes Konzept auf den Weg bringt. Das eine oder andere wird Ihnen da fehlen. Das sei Ihnen gestattet; das ist in Ordnung. Wir sind jedoch das erste Bundesland, das ein umfassendes Integrationskonzept auf den Weg bringt. Genauso wie bei dem Teilhabe- und Integrationsgesetz nehmen wir wieder eine Vorreiterrolle ein. Angesichts unserer langen Integrationsgeschichte steht es uns auch zu, dass wir hier vorweggehen.

Der Integrationsplan enthält fünf Handlungsfelder: Sprache und Wertevermittlung, Bildung und Ausbildung, Arbeit und berufliche Qualifikation, Zusammenleben/Wohnen, Sport und Kultur, aber auch die Stärkung der Zivilgesellschaft. Die Beratungen haben gezeigt, dass wir nicht überall einer Meinung sind. Aber wenn wir in der Integrationspolitik streiten und diskutieren, ist das immer noch der Versuch, die besten Instrumente zu generieren, um die Integration auf den Weg zu bringen und nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Darum geht es.

Wir haben ja gelernt, dass wir auch Maßnahmen anbieten müssen. In den 60er-Jahren, bei den Migrantinnen und Migranten, bei den Zuwanderern, bei den sogenannten Gastarbeitern haben wir das eben nicht gemacht. Ich glaube jedenfalls, dass wir jetzt auf dem richtigen Weg sind.

Frau Brand, wir fahren keinen Kuschelkurs mit der CDU. In diesem Punkt sind wir uns sehr einig: Nach den langjährigen Erfahrungen können wir uns eben über bestimmte Bereiche und über den Weg streiten. Ziel ist es aber – Herr Römer hat es eben gesagt –, zu einer guten Integration der Menschen zu kommen.

Ich möchte noch zwei, drei Punkte zum Entschließungsantrag der FDP sagen. Herr Stamp, bevor ich das vergesse: Sie haben ja gerade aus den Runden berichtet, die wir zum Integrationsplan abgehalten haben. Ich kann mich daran erinnern, dass wir eigentlich eine sehr gute Diskussionskultur hatten. Ebenso kann ich mich daran erinnern, dass Sie, Herr Stamp, Forderungen hatten, bei denen ich ein wenig überrascht war.

Sie hatten zum Beispiel gefordert, dass wir die Hochschulen viel mehr unterstützen müssten. Das war in einer Sitzung im Juni. Daraufhin habe ich Ihnen gesagt: Herr Stamp, im April 2016 hat die Wissenschaftsministerin ein Programm über 30 Millionen € auf den Weg gebracht. – Das war im April, und ich habe Ihnen noch die Pressemitteilung dazu vorgelesen. Ihre Antwort war: Ja, dann kriegen wir aber was anderes.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

So viel zum Thema „Diskussionskultur“. Nur weil wir eine Ihrer Forderungen schon längst erfüllt haben, zu sagen: „Dann müssen wir aber was anderes kriegen“ – das kann nicht angehen, Herr Stamp. Das war genau so.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

In dem Entschließungsantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht, dass wir in Nordrhein-Westfalen Verantwortung abgeben würden, dass wir nicht gestalten und den Bund stärker in die Verantwortung nehmen wollen.

Ja, das ist auch richtig so. Denn die Menschen, die zu uns kommen – der Kollege Laschet hat das auch schon mal genauso gesagt –, kommen doch nicht in erster Linie nach Düsseldorf bzw. Passau oder nach NRW bzw. Bayern, sondern sie kommen in die Bundesrepublik Deutschland. Damit ist doch schon völlig klar, wo der Großteil der Verantwortung liegt. Deswegen ist es an dieser Stelle auch richtig, genau das einzufordern.

Ich kann nicht verstehen, warum Sie Ihre Verantwortung für NRW nicht wahrnehmen wollen. Denn darum geht es, Herr Stamp. Sie müssen Ihre Verantwortung für NRW wahrnehmen. Sie müssen genauso wie wir auch den Bund auffordern, sich hier viel stärker an den Kosten zu beteiligen, die alle Länder haben und die alle Kommunen haben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie fordern in Ihrem Antrag – das will ich ganz deutlich sagen – die Entwicklung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften. Schauen Sie einmal auf die Seite 20.

Sie fordern eine Ausweitung des Fortbildungsangebotes für Deutsch als Fremdsprache und Deutsch als Zweitsprache. Schauen Sie einmal auf die Seite 13.

Vieles von dem, was Sie fordern, haben wir in unserem Integrationsplan drin – nicht alles, weil nicht alles vernünftig ist, aber doch jede Menge davon steht in unserem Integrationsplan.

Sie fordern Koordinierungsstellen für die Ehrenamtler. Wenn Sie durch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen fahren, werden Sie sehen, dass die allermeisten Kommunen da schon längst auf den Weg sind. Sie haben bereits Koordinatoren, die sie selber bezahlen, oder sie haben ehrenamtliche Koordinatoren.

Als ich das gelesen habe, hatte ich den Eindruck, dass Sie wieder „Privat vor Staat“ haben wollen. Ich sage Ihnen: Das, was wir an Ehrenamt in den Kommunen erleben, ist genau das, was ich mir für Nordrhein-Westfalen wünsche – nämlich, dass die Menschen sich hier für die Menschen, die zu uns kommen, einsetzen. Das tun sie mit sehr viel Herzblut. Deswegen muss man ihnen an dieser Stelle nicht nur etwas vorsetzen, sondern sie unterstützen. Das tun wir. Der Integrationsminister hat es gerade vorgestellt. Mit unseren Kommunalen Integrationszentren sind wir da auf einem sehr guten Weg, finde ich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss noch eines deutlich sagen: Ich habe vor einigen Tagen gelesen, dass der Fraktionsvorsitzende der FDP gesagt hat, die FDP werde sich von Rot-Grün, was den Integrationsplan betrifft, nicht vereinnahmen lassen.

Das ist der völlig falsche Schluss, den Sie da ziehen, Herr Lindner. Denn wir haben uns bei diesem Integrationsplan von den Menschen in Nordrhein-Westfalen vereinnahmen lassen. Wer die Anhörungen mitgemacht hat und sie erlebt hat, Kollege Lindner, weiß, dass das, was hier drinsteht, von den Menschen aus Nordrhein-Westfalen gekommen ist. Deswegen lassen wir uns als Rot-Grün sehr gerne vereinnahmen.

(Christian Lindner [FDP]: Genau! Siehe SPD Essen!)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Kuper.

André Kuper (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Integration der Flüchtlinge, die mittelfristig oder dauerhaft hier in NRW bleiben, wird die große landespolitische Aufgabe der nächsten Jahre sein. Eine erfolgreiche Integration bedarf erheblicher und auch koordinierter privater wie wirtschaftlicher als auch öffentlicher Ressourcen – vom Integrations- und Sprachkurs über das Bildungssystem bis hin zur Arbeitsmarktintegration genauso wie der Wohnraumbeschaffung und der gesellschaftlichen Integration. Hierbei sind nicht nur das Ehrenamt und die finanziellen Mittel knapp, sondern auch Infrastrukturen und qualifiziertes Personal eine knappe Ressource.

Meine Damen und Herren, unser Fraktionsvorsitzender hat in seiner Rede heute Morgen gesagt, wir würden einen anderen Integrationsplan schreiben. Wir haben in einer Vielzahl von Anträgen hier im Landtag bereits dargelegt, wie sich die CDU-Landtagsfraktion eine erfolgreiche Integrationspolitik vorstellt. Einige Aspekte will ich hier gern noch einmal darstellen.

Das Erste, was zu tun ist, ist, einen kompakten, klaren, pragmatisch fokussierten Plan aufzustellen. Was liefern Sie? Ein Sammelsurium. Wer Ihren Antrag liest, fühlt sich so wie derjenige, der das erste Mal durch einen fremden Supermarkt geht. Die Regalreihen sind unübersehbar, die Orientierung fällt schwer. Die Regale sind voll mit allem Möglichen, aber man findet nicht das, was man am dringendsten braucht. Sie wollen einen prächtigen und üppig beladenen Vollsortimenter errichten. Aber damit haben Sie sich verhoben. Genau das ist Ihnen nämlich nicht gelungen.

Dennoch fand ich es richtig, meine Damen und Herren, dass wir versucht haben, zusammen einen besseren Antrag zu formulieren als den, den Rot-Grün zunächst vorgelegt hatte. Manche Passage, die wirklich grotesk anmutete, ist zum Glück in der nun vorhandenen Version beseitigt worden. Ich erinnere an die besondere integrationspolitische Bedeutung, die Sie dem Schutz vor Haustürgeschäften und Abzocke bei Handyverträgen beimessen wollten. An der jetzigen Version merkt man, dass die Beratungen mit den Kollegen von CDU, FDP und Piraten für Sie inspirierend und hilfreich waren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Hinzu kommt, meine Damen und Herren: Für einen Integrationsplan des Landes nimmt die Bundespolitik einen viel zu breiten Raum ein. Um im Bild zu bleiben: In viel zu vielen Regalen steht ein Zettel mit der Aufschrift: Dieses Produkt finden Sie in einem anderen – oder genauer: in einem Berliner – Geschäft.

Meine Damen und Herren, ich finde, das Integrationsland Nordrhein-Westfalen macht sich zu klein, wenn es in jedem zweiten Absatz seines Plans nur alleine auf den Bund zeigt.

Vieles von dem, was Sie als integrationspolitische Maßnahmen verkaufen, ist keine. Stattdessen haben Sie alte rot-grüne Ladenhüter ins Schaufenster gestellt – beispielsweise mit Ihrer Forderung nach der elektronischen Gesundheitskarte, die in den Kommunen aufgrund der schlechten Konditionen niemand will.

Wenn ich bilanzieren soll, warum wir den Integrationsplan auch in der geänderten Form ablehnen, will ich das mit den Worten eines DGB-Vertreters sagen, der in der Anhörung am 27. April 2016 sehr deutlich zu Protokoll gegeben hat – ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten Herrn Michael Hermund vom DGB NRW –:

> „Wir brauchen keinen Plan …, der Regelungen enthält: Das und das müsste geregelt sein, aber der Bund oder andere sind zuständig. – So ein Papier brauchen wir nicht. Der Plan braucht auch dann keine 50 Seiten zu haben. Ich finde, er könnte kurz und knackig sein und das enthalten, was das Land in eigener Regelungskompetenz leisten müsste oder muss oder kann. Ich will jetzt hier nicht schulmeisterlich sein. Es gibt die Kultushoheit und, und, und. Es gibt die Schulhoheit und, und, und. Deswegen: nur die Sachen, die das Land regeln sollte und muss.“

Und was liegt uns jetzt vor? Mehr als 30 Seiten in den Punkten I bis III mit Handlungsfeldern. Alleine die Schilderung der Ausgangslage und das sogenannte Leitbild machen schon fünf Seiten Prosa aus. Meine Damen und Herren, das ist es nicht.

Was müssen die Rahmenbedingungen für Integration sein?

Einige unserer Schwerpunkte:

Das Erste aus unserer Sicht: Kommunen stärken, denn hier wird die eigentliche Integrationsarbeit geleistet. Die Kommunen mit ihren Bürgern, Unternehmen, Verbänden, Vereinen und Ehrenamtlern leisten Überragendes, und dafür brauchen Sie die Unterstützung.

Daraus ergeben sich mindestens drei von Rot-Grün abweichende Forderungen an die Landesregierung:

Erstens. Wir brauchen eine Integrationspauschale, welche die Kommunen in die Lage versetzt, passende Rahmenbedingungen für Integration vor Ort zu schaffen.

(Beifall von der CDU)

Das kann auch mit Rahmenbedingungen des Landes verbunden sein. Aber es müssen Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort in den Kommunen für die Integrationsarbeit bleiben. Im Jahre 2016 stehen uns dafür anteilige Bundesmittel in Höhe von 434 Millionen € bereit, die wir als Union genauso wie der Städte- und Gemeindebund vollständig an die Kommunen weitergeleitet sehen wollen. Deshalb haben wir es im Haushaltsausschuss so beantragt. Sie haben es abgelehnt.

Zweitens. NRW ist mit 30 % das Flüchtlingsaufnahmeland Nummer eins in Deutschland, gefolgt von Niedersachsen mit 11 %.

Deshalb brauchen die Kommunen und auch die Zuwanderer dringend zum Gelingen der Integration eine landesrechtliche Wohnsitzauflage. Baden-Württemberg und Bayern haben das zeitnah auf den Weg gebracht. Sie haben sich etwas mehr Zeit gelassen. Sie sind es gemütlich angegangen – zum Schaden der Kommunen und der Integrationsarbeit. Gestern haben Sie nun im Kabinett die Wohnsitzauflage für NRW beschlossen – endlich, möchte ich sagen.

Aber warum tritt sie dann erst am 1. Dezember in Kraft und gilt nicht für die Hauptmenge der bereits zu uns gekommenen Eingereisten oder der jetzt in diesen Tagen einreisenden Flüchtlinge? Diese und viele Probleme bleiben mit dem Entwurf ungelöst.

Man muss auch sehen: Da die ankommenden Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in der Regel innerhalb der Ankunftszentren binnen 48 Stunden anerkannt werden, hat die FlüAG-Verteilung alter Art ihre Bedeutung verloren. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, mit der Wohnsitzverteilung für gerechte und gleichmäßige Verteilung im Land zu sorgen.

Daher lehnen wir Ihren neuen Verteilungsschlüssel ab, denn damit legalisieren Sie letztlich die ungerechte Flüchtlingsverteilung aus Ende 2015, indem Sie ganz andere, neue Umverteilungskriterien bringen. Da befürchten wir und ich eine klare Zusatzbelastung des ländlichen Raumes. Sie können das so machen – keine Frage. Aber das ist falsch, und das ist nicht der Weg der CDU.

(Beifall von der CDU)

Drittens. Wir brauchen dringend Wohnraum, geschätzt – es gibt da unterschiedliche Zahlen – mindestens 200.000 Wohnungen. Da ist es unhaltbar und geradezu zynisch, wenn Sie im Bereich „III. Rahmenbedingungen“ an die Kommunen appellieren, die kommunale Bauleitplanung aktiv zur Wohnraumschaffung zu nutzen, und dieselben Kommunen gleichzeitig mit Ihrem Landesentwicklungsplanentwurf bezüglich der zukünftigen möglichen Wohngebietsentwicklung massiv ausbremsen. Das geht nicht. Das akzeptieren wir so nicht.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, Integration braucht Klarheit und Verbindlichkeit. Da stimme ich Joachim Stamp zu. Das ist auch unsere Überzeugung. Deshalb fordern wir die gesetzlichen Grundlagen für verbindliche Integrationsvereinbarungen des Landes, die analog zum Bundesintegrationsgesetz gestaltet werden.

Außerdem wollen wir, dass Flüchtlinge mit Bleibeperspektive neben Sprachkenntnissen auch Kurse zu den Grundregeln unseres Zusammenlebens belegen. Das muss verpflichtend sein und auch möglichst mit entsprechenden Tests dokumentiert werden, denn Sprache ist der Schlüssel zur Integration.

Meine Damen und Herren, Aufgabe der politischen Bildung muss es sein, die Grundlagen und die Grundprinzipien unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung – beispielsweise Demokratie, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Religionsfreiheit, Nichtdiskriminierung und Toleranz – auch den neu zu uns gekommenen Menschen zu vermitteln. Deshalb müssen Integrationsbemühungen darauf abzielen, Rechte einerseits, aber auch Pflichten allen in Deutschland Ankommenden früh zu vermitteln, um mögliche Probleme von Anfang an zu meiden.

Wir wollen allen Generationen eine Chance geben. Die nachhaltigste Form der Integration bietet die Teilhabe am Arbeitsleben, das Miteinander in Kita, Schule, Ausbildung, Studium sowie in den Vereinen und der Gesellschaft. Deshalb müssen wir den Flüchtlingen auch die Chance auf Teilhabe ermöglichen. Und das braucht eine schnellstmögliche Erfassung von Kompetenzen wie auch eine schnellstmögliche Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Und dazu gehört für mich auch eine Verlängerung der Schulpflicht nach bayerischen Vorbild bis zum 25. Lebensjahr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es kann doch beispielsweise nicht richtig sein, dass wir einen jungen syrischen Schüler, der kriegsbedingt fünf Jahre keine Schule in Syrien besuchen konnte, in NRW mit Erreichen seines 18. Lebensjahres aus der Regelschule verbannen. Das ist nicht unsere Politik.

(Zurufe von den GRÜNEN: Das ist nicht richtig! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist Unsinn!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

André Kuper (CDU): Ich komme jetzt zum Schluss.

Aus unserer Sicht haben Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, nicht begriffen, worauf es ankommt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist Schwachsinn!)

Sie haben sich für ein Sammelsurium, genannt Integrationsplan, entschieden. Das wieder einmal eine verpasste Chance für unser Land. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kuper. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Frau Kollegin Velte. Bitte schön.

Jutta Velte (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir waren dicht davor – so würde ich gerne mal anfangen. Sie und wir entnehmen den Reden alle gemeinsam, wie dicht davor wir eigentlich gewesen sind, wenn es um das Thema Integration ging. Wenn Sie das ernst nehmen, was die Kolleginnen und Kollegen hier vorgetragen haben – mit einer Ausnahme –, dann sehen Sie, dass Sie ganz viele dieser Forderungen im Integrationsplan in der oder in einer abgewandelten Form wiederfinden werden.

Wir haben sehr gut – das möchte ich zu Anfang sagen – daran gearbeitet. Wir haben sehr einvernehmlich zusammengearbeitet, wir haben uns ausgetauscht. Wir haben Kompromisse gesucht und in vielen Punkten Kompromisse gefunden.

Es ist schade, dass es nicht gelungen ist, dieses wichtige Signal ins Land zu senden. Denn das Signal wäre doch gewesen, bei dem, was wir in den Anhörungen erlebt haben – da waren Moscheevereine, da waren Wohlfahrtsverbände, da waren Kirchen, da war die Wirtschaft, da waren Jobcenter, da waren Lehrerinnen und Lehrer, da waren eigentlich alle Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler, die sich in diesem Land solidarisch und mit ihrer Kraft der Integration von Geflüchteten widmen –, gemeinsam intensiv daran zu arbeiten, auch unser Land etwas besser zu machen.

Ich möchte jetzt noch einmal betonen – denn Herr Kuper hat vor mir gesprochen –: Ja, Herr Kuper, es sind die Kommunen, in denen diese Arbeit stattfindet. Die Anhörung in fast allen Ausschüssen hat gezeigt, wie viel in diesem Land passiert und wie stolz wir in diesem Sinne auf unser Land sein können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich weiß jede und jeder: Integration ist keine Momentaufnahme. Das ist nicht etwas, bei dem man den Schalter umlegt, Frau Brand, sondern das ist etwas, an dem man ständig arbeitet. Wenn wir auf die Entscheidung gewartet hätten, ob mit diesem Plan die KIs ausgebaut werden, dann wären wir wirklich schlecht beraten gewesen. Die Kommunalen Integrationszentren als Schlüssel, als kommunale Brücke zwischen Landtag und der Arbeit in den Kommunen gibt es schon sehr lange. Diesen Schlüssel gab es auch schon, bevor die Piraten im Landtag waren.

Zweiter Punkt: Ich danke Herrn Dr. Stamp und der FDP ausdrücklich für ihren Antrag. Warum danke ich dafür? – Weil dieser Antrag deutlich macht, dass die

FDP tatsächlich aus mehr oder weniger wahltaktischen Gründen und nicht aus inhaltlichen Gründen ausgestiegen ist. Die allermeisten Punkte, die Sie in Ihrem Antrag benennen, hatten wir schon vorab in unseren Gesprächsrunden besprochen, und dort waren wir auf einem guten Weg, uns zu einigen. Gehen wir das einmal durch.

„Flächendeckende Bereitstellung von Kombinationsangeboten sowohl aus Sprachkursen und Qualitätsfeststellungspraktika“: Das läuft in den Kommunen; Herr Kuper wird das bestätigen. Das läuft in den Jobzentren. Das läuft auch über die Arbeitsgelegenheiten, die die Bundesregierung jetzt bereitstellt.

„Entwicklung von stärker modularisierten Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten“: Mit dem Integrationsplan stärken wir doch die Weiterbildung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir bauen die Berufskollegs aus. Wir geben den Volkshochschulen Geld, Frau Brand. Ich finde, da sind wir auf einem sehr guten Weg. Es ist auch nicht das erste Mal, dass wir das machen. Nur, die Anhörungen haben uns gezeigt: Wir müssen noch mehr tun.

„Beschleunigung der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen“: Heute Morgen hatte ich das Vergnügen – es war wirklich eins –, den Geschäftsführer der IHK aus Ostwestfalen-Lippe zu hören. Er sprach Probleme offen an, machte aber auch klar, wo Lösungen auf dem Weg sind. Er sagte vor allem, dass man sich zwar vorgestellt hätte, es ginge schneller, aber schon erkennt, dass es nicht so schnell möglich ist.

Allein dieser Bezirk bietet drei Anschlussqualifikationen an und hat drei Kurse voll. Die anderen Industrie- und Handelskammern sind auf dem gleichen Weg. Sie machen einfach. Sie zerlegen sich nicht, sondern sie leisten ihren Beitrag zur Integration und damit zur Aufrechterhaltung von Vielfalt in unserem Land.

„Förderung des Unternehmertums“: Dazu gibt es einen rot-grünen Antrag, der demnächst endabgestimmt wird.

„Ein umfassendes Konzept zur Wertevermittlung an Flüchtlinge“: Dies ist schon längst auf dem Weg. Es ist ja trivial, so etwas zu fordern. Natürlich ist das auch mit Geld hinterlegt.

„Einen … festen Ansprechpartner für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit“: Den werden Sie auch im Integrationsplan finden.

Alles in allem war die Arbeit an diesem Plan, glaube ich, für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten eine Bereicherung. Wir haben einander an vielen Stellen vielleicht besser kennengelernt. Wir haben Bruchstellen entdeckt und aufgedeckt. Das hätten wir als Chance für die weitere Zusammenarbeit nutzen können. Das sollte nicht sein. Vielleicht sind wir zu nah am Wahlkampf.

In vielen Jahren haben wir aber viel gelernt. Wir unterstützen vor allem die Stellen, an denen Integration stattfindet. Das ist kein Supermarkt, Herr Kuper, sondern das ist ein Markt der Möglichkeiten. Denn als kommunalpolitischer Sprecher – ich weiß gar nicht, ob er noch da ist – werden Sie mir recht geben, dass wir nicht von der Kommune sprechen – da sind Sie ja –, sondern wir sprechen von sehr unterschiedlichen kommunalen Aufstellungen mit verschiedenen Angeboten und Herausforderungen. Gerade deshalb ist es nötig, Maßnahmen und Projekte zu entwickeln, die zueinander gehören.

Damit möchte ich schließen, um meinem Kollegen Arif Ünal, dem Vorsitzenden des Integrationsausschusses, auch noch Zeit übrig zu lassen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, und ich hoffe, dass wir im Sinne der Integration, der Vielfalt und Toleranz in diesem Land weiter eng zusammenarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Velte. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Velte, Sie hatten gerade bemerkt, dass diese Runde auch dazu geführt hat, sich besser kennenzulernen. Herr Yetim hat vorhin ein bisschen berichtet. Ich kann berichten, dass ich die Art und Weise der Verhandlung mit Frau Beer kennengelernt habe. Bei allen strittigen Punkten wurde gesagt: Das kommt jetzt ins Körbchen, und darüber entscheiden nachher die Parlamentarischen Geschäftsführer.

Wenn das konsensuale Integrationspolitik in diesem Hause ist, dann stelle ich fest: Das ist nicht mein Niveau.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Ich sage auch ganz ehrlich: In dieser Debatte wird doch gar nicht auf die Sachthemen eingegangen. Sie beschwören hier immer einen historischen Konsens. Ich meine, da sollten wir uns auch ein Stück zurücknehmen, weil außerhalb dieses Hauses gar nicht sonderlich bekannt ist, welche Resolutionen hier einmal beschlossen worden sind.

Vorhin habe ich erklärt: Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns zu bestimmten Grundwerten bekennen, und das ist völlig außerhalb jeglicher

Diskussion. Was die Menschen aber wirklich interessiert, ist doch, wie die konkrete Integrationspolitik geschieht.

Ich bin der Meinung, dass das, was Sie, Herr Minister, an zusätzlichen Stellen – Herr Schmeltzer hat das vorhin angesprochen – bei den Kommunalen Integrationszentren bisher auf den Weg gebracht haben, für das, was Sie in Ihrem Plan an Aufgaben dort abladen, hinten und vorne nicht ausreicht.

Deswegen haben wir gesagt: Es gibt die Notwendigkeit für zusätzliche Landesstellen in dem Bereich Koordination des Ehrenamts und Integration in den Arbeitsmarkt vor Ort. Deswegen ist das für uns ein ganz entscheidender Punkt.

Der zweite ganz entscheidende Punkt – das habe ich vorhin hier angedeutet – ist die Erweiterung der Schulpflicht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das ist eben auch eine Haltungsfrage: Setze ich da nur auf Freiwilligkeit, oder setze ich da auf Pflicht? Wir sind der festen Überzeugung, dass es notwendig ist, hier an dieser Stelle auch mehr Staat tatsächlich zu wagen – an dieser Stelle! –, damit später die Flüchtlinge zu selbstbestimmten Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesem Land werden. Denn das ist doch der Punkt: Sie kommen teilweise aus Ländern, die davon geprägt sind, dass es eine starke Oberschicht gibt und dass es eine sehr starke Unterschicht mit sehr vielen Hilfsarbeiterstellen gibt. In den Ländern, aus denen die Flüchtlinge überwiegend kommen, fehlt weitgehend eine Mittelschicht.

Jetzt sind wir in der Situation, dass hier junge Flüchtlinge ankommen, die die finanziellen Wünsche ihrer möglicherweise auch von Fassbomben bedrohten Familie zu Hause haben, die möglicherweise auch noch Schlepperkosten zu bezahlen haben. Sie sind dann im Konflikt, weil sie möglichst schnell etwas Geld verdienen möchte. Das sind dann diejenigen, die sich als Allererstes möglichst schnell einen Hilfsjob suchen. Dann ist nämlich die Verlockung, zweiter Mann am Kiosk zu werden, statt einen Schulabschluss zu machen, sehr groß.

Das kann aber nicht unser Interesse sein. Wenn wir gerade alle jugendlichen Flüchtlinge vernünftig ausbilden wollen, müssen wir eben sehen, dass sie vorher einen Schulabschluss machen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das sagen Ihnen die Experten. Es ist hier in der Anhörung so deutlich geworden quer durch die Verbände, dass das eine Notwendigkeit ist. Ich habe von Ihnen heute hier noch nicht ein einziges Argument gehört, warum Sie der temporären Erweiterung der Schulpflicht für Flüchtlinge nicht zustimmen, warum Sie diesen Wunsch, diesen wirklich dringenden Wunsch von uns, nicht aufgenommen, sondern ignoriert haben.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es sind eben die Integration Points angesprochen worden. Das ist eine Leistung der Bundesagentur. Wenn Sie mit denen sprechen, hören Sie aber auch, dass die Sprachkurse fehlen. Hier muss das Land mitwirken.

(Zuruf von den GRÜNEN: Der Bund!)

Wir wissen auch von der Bundesagentur, dass es vor allem an spezifischer Kinderbetreuung fehlt, damit wir die weiblichen Flüchtlinge, die vielen Frauen, auch an den Arbeitsmarkt heranführen können. Es ist eine der Schlüsselfragen dieser Integration, ob wir tradierte Frauenbilder aus Ländern, die patriarchalisch geprägt sind, verändern können, indem wir spezifische Programme anbieten und die Frauen entsprechend qualifizieren. Ansonsten tradieren wir diese patriarchalen Bilder und sorgen zudem dafür, dass Hartz-IV-Karrieren an dieser Stelle programmiert sind.

Beides können wir nicht verantworten. Das ist auch einer der Punkte, den wir eingefordert haben und warum wir gesagt haben: Die Haltung, die Rot-Grün hier hat, ist uns nicht ausreichend. Es ist einfach nicht erkennbar, dass Sie verstanden haben, welche Dimension dieses Thema hat und vor welcher Herausforderung wir stehen.

Immer wenn es konkret wird, wenn es hier darum geht, dass Geld in die Hand genommen werden muss und man verbindlich wird, immer dann haben Sie sich weggeduckt. Um mit Frau Beer zu sprechen: Dann kam es ins Körbchen. Als dann irgendwann der Erlass gekommen ist, war bei uns nichts mehr mit „Körbchen“, sondern dann haben wir gesagt: Wir haben einen richtigen Korb mit guten Ideen. Den wollen wir durchsetzen, und den stellen wir auch zur Abstimmung. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Ich will ganz kurz auf das eingehen, was Jutta Velte gesagt hat. Frau Velte, liebe Jutta, ich habe mitnichten gesagt, dass wir die Kommunalen Integrationszentren erfunden hätten oder dass es sie erst gibt, seitdem wir hier im Parlament sind, nein.

Aber wir haben seit Jahren gefordert, dass sie personell gestärkt werden. Ich hoffe, wenn das jetzt erfolgt, dass das auch mit speziellen Experten erfolgt, also

mit Fachleuten, die dort eingesetzt werden. Aber davon gehe ich jetzt einfach einmal aus.

Ja, die Hochschulen bekommen Geld. Aber dieses kleckerhafte Nachreagieren und dass es immer nicht ausreicht, um proaktiv zu agieren, das ist das, was ich angeprangert habe.

Meine Damen und Herren, wir haben hier ein 25-seitiges Integrationskonzept vorgelegt, das Integration als eine große Chance für NRW und Deutschland begreift. Bitte nehmen Sie sich einmal die Zeit und lesen Sie es. Es lohnt sich. Sie werden das eine oder andere Kapitel eventuell wiederfinden, weil in der Zusammenarbeit in den letzten Monaten einiges gereift ist, was wir gut und richtig fanden. Selbstverständlich haben wir an den Stellen das Rad nicht neu erfunden, sondern das in unseren Entschließungsantrag aufgenommen.

Im Gegensatz dazu setzen SPD und Grüne auf vage Maßnahmen, die die Landesregierung bereits vor Jahren hätte umsetzen müssen und können. Es fehlt einfach der Wille, die Flüchtlings- und Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen grundlegend zu reformieren.

Um diese Reform umzusetzen, müssen dringende Fragen gestellt werden. Ich werde Ihnen jetzt einige Fragen stellen. Ich möchte Sie bitten, sich Ihren eigenen Antrag vielleicht heute Nachmittag oder heute Abend noch einmal anzuschauen, ob durch Ihren Antrag diese Fragen, die ich jetzt stelle, gelöst werden. Ich denke, nein.

Erstens. Was ist mit dem integrationsfreundlichen Klima bzw. der politischen Bildung für alle? Warum wird kein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg gebracht? Warum wird die europäische Antirassismusrichtlinie nicht vollständig umgesetzt? Warum werden Behörden nicht für das Thema Menschenfeindlichkeit sensibilisiert?

Wann werden endlich die Empfehlungen des Abschlussberichts des zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages umgesetzt? Wann werden Sensibilisierungskampagnen für die Situation von Geflüchteten und gegen Menschenfeindlichkeit in die Wege geleitet?

Also: Wann schaffen Sie endlich ein Integrationsfreundliches Klima?

(Beifall von den PIRATEN)

Zweitens. Was ist mit der tatsächlichen und rechtlichen Gleichstellung? Warum werden Integrations- und Unterstützungsleistungen immer noch von der sogenannten Bleibeperspektive abhängig gemacht? Warum halten Sie sich in Bezug auf das Asylrecht nicht an die UN-Kinderrechtskonvention? Warum schaffen Sie nicht endlich das Asylbewerberleistungsgesetz ab? Warum wird nicht allen Menschen eine adäquate Gesundheitsversorgung garantiert? Warum wird die anonyme Gesundheitskarte vehement abgelehnt?

Warum wollen Sie den Menschen erneut vorschreiben, wo sie leben und wohnen sollen? – Dazu wird übrigens das Bundesverfassungsgericht noch ein paar Sätze sagen; das warten wir einfach mal ab. – Warum setzen Sie sich nicht endlich gegen die Arbeitsverbote und die Vorrangprüfung ein? Warum wollen Sie EU-Ausländern immer noch verbieten, an der Kommunalwahl teilzunehmen?

Also: Wann kommen wir endlich zu einer rechtlichen Gleichstellung?

(Beifall von den PIRATEN)

Drittens. Was ist mit der Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Flucht, Einwanderung und Integration? Ich hatte vorhin schon gesagt, dass das für uns eine der drei entscheidenden Säulen ist.

Meine Damen und Herren, neben der Möglichkeit, aus der vermeintlichen demografischen Falle zu entkommen und für einen Konjunkturaufschwung zu sorgen, werden sich vor Ort in den Quartieren zahlreiche neue Freundschaften ergeben. Es wird geredet, diskutiert, gemeinsam gelernt und gelacht werden. Mit einer glücklichen und wachsenden Bevölkerung ergeben sich auch neue Chancen für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Es ist unerlässlich, dass wir als Gesellschaft zunächst ordentlich investieren müssen. Dafür werden wir jedoch doppelt und dreifach belohnt werden. Wir werden es doppelt und dreifach zurückbekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir ist es so ergangen wie einigen Rednerinnen und Rednern – Herr Laschet, Herr Römer, Herr Mostofizadeh und Kollege Schmeltzer haben das gesagt –, dass ich mich bei der Diskussion erinnert gefühlt habe an den 70. Geburtstag unseres Landes und an die Aussagen, die dort getroffen worden sind. Wenn ich die Situationen vergleiche, erzeugen hier einige das Bild, dass man sich bei besonderen historischen Herausforderungen erst einmal hinsetzt, Gesetze und Pläne schreibt und dann mit der Arbeit anfängt.

Nein, 1945 hat Nordrhein-Westfalen das anders gemacht. Nordrhein-Westfalen hat das auch im letzten

Jahr und im vorletzten Jahr anders gemacht. Wir haben nämlich unter humanitären Gesichtspunkten pragmatisch und zielgerichtet mit den Menschen in diesem Land die Ärmel aufgekrempelt und haben sofort geguckt, wie wir das hinbekommen – das ist der kategorische Imperativ, der humanistische Imperativ der Kanzlerin, den auch ich immer noch für richtig halte, dass wir das schaffen –, zu sagen und zu zeigen: Wir wollen beweisen, dass wir das schaffen können. Dann haben Menschen an den unterschiedlichsten Orten genau dazu beigetragen, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dafür möchte ich den Menschen, unabhängig davon, ob sie in Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften, Kitas, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, Ämtern und Behörden gewirkt haben, ausdrücklich noch einmal Dankeschön sagen.

Anders konnte es doch nicht gehen. Lieber Herr Kuper, Sie müssten es zumindest wissen: Wenn Sie sich angucken, dass auch auf Bundesebene nicht mit einem Mal alles feststeht, wenn ich mir in Erinnerung rufe, wie beim BAMF nach und nach mit den Stellen vorgegangen worden ist, dann ist doch klar, dass man immer wieder auf die Situation draufgucken musste, um dann zu entscheiden: Was ist jetzt zu tun? Wie stärken wir jetzt die Situation? Was sind jetzt die richtigen Schritte? – Das ist pragmatisches Vorgehen, Herr Kuper, genauso wie Sie das eben eingefordert haben. Das will ich noch einmal sehr deutlich sagen.

Weiterhin wird zum Teil der Eindruck erweckt, als gäbe es eine Veränderung des Verhaltens der Menschen vor Ort in den Kommunen und Einrichtungen – in den Kirchen, Unternehmen, Kitas und Schulen –, als hätte sich an der Willkommenskultur der Menschen unseres Landes und der Menschen in den Institutionen etwas geändert.

Ich sage ausdrücklich: Nein, daran hat sich nichts geändert. Diese Willkommenskultur ist nach wie vor da; das erlebe ich Tag für Tag. Wir sollten sie stärken, statt denen recht zu geben, die anfangen, sie zu zerreden. Denn es ist der Zusammenhalt unserer Gesellschaft, der Nordrhein-Westfalen stark macht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will nur drei konkrete Beispiele nennen.

Erstes Beispiel: Es gibt immer noch Schulen, die Projekttage machen und sich auseinandersetzen mit den Fluchtursachen und mit den Flüchtlingen, die neu in die Schule gekommen sind, und mit den Flüchtlingen, die in ihrer Umgebung leben. Das ist Willkommenskultur pur. Das ist mir etwa aufgefallen, als die Europaschulen hier ein besonderes Zeichen setzen wollten – beispielhaft für viele andere.

Denken Sie an die vielen Schulen – Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage –, die deutlich machen: Wir wollen unser Land zivilgesellschaftlich und demokratisch mit den Menschen gestalten, die zu uns kommen!

Natürlich, Herr Kuper, geht es um Rechtsstaatlichkeit. Selbstverständlich geht es um Integrationskurse. Aber wir müssen uns auch Gedanken machen über die Rechte und Pflichten derer, die hier schon wohnen, die Brandsätze zünden, die Menschen diskriminieren und ein Klima des Hasses schaffen wollen. Um deren Integration müssen wir uns auch kümmern, damit sie nicht verloren gehen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweites Beispiel: Es gibt unzählige Beispiele, dass Kirchen Cafés eröffnen, wo erste Ansprechpartner für Flüchtlinge zu finden sind.

Drittes Beispiel: Unternehmen schaffen Lehrstellen, damit Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden können.

All diese Beispiele zeigen, dass die Willkommenskultur in Nordrhein-Westfalen weiter gelebt und ausgestaltet wird.

Genau die haben wir gestärkt. Mit dem, was wir in Nordrhein-Westfalen gemacht haben, gehen wir weit über das hinaus, was Sie zum Teil in Ihren Anträgen fordern. Ich nenne das KommAn-Paket – Herr Schmeltzer hat es gesagt –, die vielen Mittel, die in Kitas und Hochschulen fließen, und ich nenne auch noch mal die Mittel, die in den Schulhaushalt geflossen sind. Wir haben schon jetzt 6.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, meine Damen und Herren. Wir haben sie fast alle besetzt bekommen. Hören Sie sich doch mal in anderen Bundesländern um!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laschet – er kann jetzt nicht mehr hier sein; das werfe ich ihm auch nicht vor – hat eben gesagt: Frau Löhrmann, wir möchten, was Bildung angeht, mehr tun.

Ich habe mir einmal die Haushaltsanträge angeguckt: Drucksache 16/12912. Sie ist von Herrn Laschet, Herrn Lienenkämper, Herrn Biesenbach, Herr Kuper, Herr Optendrenk und Herrn Nettelstroth unterschrieben worden. Darin gibt es keinen einzigen Antrag zur Schule. Oder habe ich etwas überlesen? Wenn Sie also sagen, dass Sie in Sachen Bildung mehr machen wollen als wir, dann müsste sich das doch in Haushaltsanträgen niederschlagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Weil das nicht so ist, finde ich es ein bisschen unglaubwürdig.

So, und jetzt wird die Schulpflicht gefordert: Wir müssten erst einmal Gesetze machen und sie umsetzen, es müsste Anhörungen geben und, und, und. Wir sind anders vorgegangen. Ich weiß übrigens, wie lang die Wartelisten in Bayern sind. Auch weiß ich, dass es zum Beispiel in Niedersachsen ein Konzept gibt. Da gibt es also etwas. Es führt aber nicht dazu, dass die Jugendlichen einen Schulabschluss machen. Wir möchten nämlich solche Maßnahmen ergreifen, die dazu führen, dass die jungen Leute einen Schulabschluss machen können. Das ist der Unterschied!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir gehen da pragmatisch vor und haben viel bessere Ansätze entwickelt.

Ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar, dass sie noch einmal neue Lehrerstellen schaffen, damit wir hier – natürlich bedarfsbezogen – dem Anspruch „Bildung für über 18-Jährige“ auch gerecht werden. Grundsätzlich ist es übrigens nicht so, dass jemand, wenn er 18 wird, sofort aus der Schule heraus muss. Da können wir pragmatisch vorgehen.

Ich nenne Ihnen ein sehr schönes Beispiel. Fragen Sie bitte Ihren Oberbürgermeister aus Münster. Dort haben wir nämlich – wie in anderen Orten auch – ein Projekt „Angekommen in deiner Stadt“ angelegt. Das gibt es auch noch in Recklinghausen, Dortmund und Bielefeld. Weitere mögen bitte folgen; die Walter Blüchert Stiftung steht bereit.

Da ist die Stadt im Boot, da ist das Land im Boot, und da ist die Stiftung im Boot. In Münster ist sogar noch die Uni mit im Boot. Lauter Win-win-Situationen! Wir schaffen es, durch Kombination verschiedener Mittel – durch schulische Ausbildung und darüber hinausgehende Angebote – jungen Leuten eine Perspektive zu bieten, damit sie sich sehr schnell in unserer Gesellschaft zurechtfinden.

Dabei habe ich etwas sehr Schönes erlebt. Von wegen „Das steht alles nur auf dem Papier“: Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir schon konkrete Erfolge sehen.

Da moderierte ein Team, bestehend aus je einem Jungen und Mädchen, eine Veranstaltung. Sie sprachen noch nicht in perfektem Deutsch, aber immer in Deutsch. Ein junger Mann sagte: „Ich kann noch nicht so gut Deutsch, wir sind nämlich erst seit sechs Monaten hier“. – Darauf entgegnete eine Frau aus dem Publikum: „Naja, Sie können aber besser Deutsch als wir Arabisch“. – Daraufhin sagte der junge Mann: „Ja, aber ich lebe jetzt in Deutschland. Arabisch hilft mir jetzt nicht, ich muss Deutsch lernen“. – Das zeigt, wie integrationswillig und leistungsfähig diese jungen Menschen sind, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind uns da, glaube ich, was das Ziel anbelangt, auch einig.

Es gibt also viele gute Beispiele. Dieser Integrationsplan gibt der Landesregierung und den Menschen im Land Rückenwind dafür, weiterzumachen, weiterhin die Ärmel aufzukrempeln und die Willkommenskultur vor Ort weiterzuleben, damit wir unsere Vorreiterrolle, welche uns die Kanzlerin in Sachen Integration bescheinigt hat, gemeinsam weiter ausgestalten können. Das ist eine Gemeinschaftsleistung von Land, Bund, Kommunen und Zivilgesellschaft.

Deswegen ist es auch legitim, dass die Landesregierung – wie im Übrigen alle anderen Landesregierungen auch – einen höheren Beitrag des Bundes fordert, um das weiter und besser ausgestalten zu können.

Wir, meine Damen und Herren, sind gut aufgestellt, und wir können mit Recht – jemand hat von „rühmen“ gesprochen; wir rühmen uns aber nicht – daran arbeiten, dass die Jahrzehnte der Integration, die jetzt kommen, mit Zuversicht angegangen werden können. Denn wir können auch eines – das hat die Ministerpräsidentin in der Tonhalle gesagt –: Wir können Wandel. Und wir werden diesen Wandel erfolgreich zum Wohle aller in diesem Land gestalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedaure außerordentlich, dass das so ist, aber der Kollege Laschet hat ja dargestellt, woran es vermutlich liegt. Wir befinden uns acht Monate vor der Landtagswahl. Vermutlich war es einfach auch zu ambitioniert, zu glauben, dass wir da einen breiten Konsens – insbesondere in Bezug auf Details – hinsichtlich der Integration von Geflüchteten hier in Nordrhein-Westfalen hinbekommen können.

Ich denke aber schon, dass der Fortschritt tatsächlich darin besteht, dass wir – anders als es 2001 und auch noch 2006/2007 der Fall war – uns jetzt hier im Hause jedenfalls darüber einig sind, dass Integration von Geflüchteten kein Thema ist, das sozusagen innenpolitisch dominiert wird, sondern auch eine Fragestellung darstellt, die sich sozialpolitisch und bildungspolitisch lösen lässt. Es ist also nicht mehr nur eine rein innenpolitische Fragestellung.

Das war anders, und deshalb war es auch notwendig, einen Integrationsplan für diese Zielgruppe aufzulegen. Das bedeutet aber nicht, dass die Integrationspolitik jetzt nur noch für diese Zielgruppe stattfindet. Der erweiterte Schritt liegt vielmehr darin, dass

wir diesen Konsens in konkrete politische Maßnahmen in den einzelnen Politikfeldern umzusetzen versuchen.

Lassen Sie mich zum Schluss – ich komme wieder darauf zurück, dass es vielleicht auch daran liegt, dass wir uns acht Monate vor der Landtagswahl befinden – noch etwas sagen: Es ist für mich sehr interessant, zu sehen, wie die Piraten in den letzten Jahren hier im Parlament im Grunde – ich sage das einmal so – einen Bildungserfolg erzielt haben, den man wie folgt benennen kann: Sie sind hier hereingekommen und haben gesagt, dass sie alles anders machen wollen; Sie wollten uns zeigen, dass es eine moderne Politik gibt.

Am Ende ist doch eine Ihrer Kernforderungen ein Strukturvorschlag, nämlich ein Integrationsministerium einzurichten. Daran hängen Sie alles auf. Das ist – man muss das deutlich sagen – nicht besonders innovativ und auch nicht besonders modern.

Wir dagegen glauben in Bezug auf Integrationspolitik nach wie vor an den Querschnittsansatz.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme zu einem anderen Punkt, bei dem man erkennt, warum das, wofür wir heute im Prinzip stehen, vielleicht auch wichtig ist. Das ist die Strategie der FDP. Hinter alldem, was Sie, Herr Stamp, hier im Detail dazu gesagt haben, was Sie am Integrationsplan stört, steht doch der Grundgedanke, dass Sie glauben, dass die AfD vor allen Dingen dadurch stark wird, dass hier im Parlament nicht entschlossen genug Oppositionspolitik beim Thema „Flüchtlinge“ betrieben wird. Deshalb scheuen Sie sich ganz ausdrücklich, sich diesem Konsens der Demokraten anzuschließen, den wir versucht haben, in der Resolution herzustellen. Ich bedaure diese Strategie, die Sie haben, außerordentlich.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist verstrichen.

Britta Altenkamp (SPD): Denn ich glaube: Weder Sie werden davon profitieren, noch wird das Ansehen des Parlaments dadurch besser werden.

Ich bin überzeugt, dass der Weg, den wir mit der Resolution vorgeschlagen haben, sich nämlich über die Grundsäulen einig zu sein und im Detail nach wie vor den demokratischen Streit zu suchen, der richtige ist und dass es auch das ist, was die Menschen …

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, die Redezeit ist wirklich deutlich überschritten.

Britta Altenkamp (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Ich sage den letzten Halbsatz noch zu Ende.

Das, was hier im Prinzip den Konsens der Demokraten bedeutet, ist auch das, was wir den Menschen nach draußen signalisieren sollten; denn ich glaube, damit werden sie wesentlich mehr anfangen können, als den Populisten auf den Leim zu gehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Mit Populisten kennen Sie sich ja aus!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Herr Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Unser Land NRW hat in seiner 70-jährigen Geschichte immer mit Migration zu tun gehabt. Jeder vierte Einwohner in NRW hat einen Migrationshintergrund. So gesehen sind Multikulturalität und Multireligiosität gelebte Realität in unserem Land. Jede kleine Stadt und jede kleine Einrichtung ist eine Abbildung davon.

Einige wollen diese Realität nicht sehen, andere versuchen, diese Realität für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Die aktuelle Debatte über die Flüchtlingspolitik zeigt, wie schwierig der Umgang mit den geflüchteten Menschen in unserem Land zumindest für einen Teil der Bevölkerung ist.

Meine Damen und Herren, 2015 zogen ungefähr 2,1 Millionen Menschen nach Deutschland. Zugleich zogen aber auch fast eine Million Menschen aus Deutschland fort. So gesehen haben wir einen Wanderungsüberschuss von 1,1 Millionen Menschen. Es gehört zur Realität, auch das hier zu erwähnen.

Für die Aufnahme der vielen Flüchtlinge in Deutschland haben wir weltweit wirklich sehr großen Respekt und Anerkennung bekommen. Deutschland war das einzige europäische Land, das die Menschen, die ihr Leben retten konnten, die unter unmenschlichen Bedingungen zum Teil jahrelang auf der Flucht waren und es letztendlich geschafft haben, nach Deutschland zu kommen, aufgenommen und ihnen eine Heimat geboten hat. Darauf können wir zusammen alle stolz sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur die Regierung und staatliche Institutionen, sondern auch einzelne Personen, Wohlfahrtsverbände, Initiativen und Kirchengemeinden haben eine in dem Maße noch nie dagewesene Unterstützung und Hilfeleistung organisiert und durchgeführt. Ohne deren Unterstützung hätten wir es überhaupt nicht geschafft, diese

Mammutaufgabe zu bewältigen. Dafür danke ich allen Verbänden, Kirchengemeinden und ehrenamtlichen Einzelpersonen von Herzen.

Trotz dieser Bereitschaft zu helfen gibt es in der öffentlichen Debatte eine Grenzverschiebung, wodurch völkische und menschenfeindliche Gedanken wieder Raum finden. So konnte eine Partei ohne Wahlprogramm in den Ländern, in denen kaum Migranten leben, mit ausländerfeindlichen Parolen 10 bzw. 20 % der Stimmen bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz aller Gemeinsamkeiten haben wir eine große Chance in diesem Landtag verpasst. Wie Sie wissen, wollten wir den Integrationsplan für NRW vor der Sommerpause verabschieden. Nach der Anhörung und Diskussion im Integrationsausschuss habe ich als Vorsitzender alle Fraktionen eingeladen, über diesen Integrationsplan zu diskutieren und einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Dass das nicht gelungen ist, bedauere ich sehr; denn ich hatte nach den ersten Gesprächen eigentlich den Eindruck, dass wir wirklich eine solche Atmosphäre hatten, dass wir inhaltlich in der Lage gewesen wären, diesen Antrag gemeinsam zu verabschieden.

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben ziemlich lange über die Gründe diskutiert, weswegen ich sie hier nicht noch einmal erwähnen möchte. Aber erlauben Sie mir, dass ich meine Enttäuschung darüber kundtue.

Es gibt naturgemäß unterschiedliche Vorgehensweisen, wie man mit den Flüchtlingen umgeht. Das ist auch legitim. Wir werden auch weiterhin über die beste Integrationspolitik diskutieren und miteinander konkurrieren. Wir wollen die Unterschiede auch gar nicht wegdiskutieren. Wir wollten gemeinsam ein Signal nach außen senden, dass wir diese Menschen in diesem Land aufnehmen und ein Integrationsland sind. Aber diese Chance haben wir verpasst. Das bedauere ich sehr.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, Sie kommen zum Schluss?

Arif Ünal (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, ein kurzes Zitat vorzutragen:

> „Wenn auch wir anfangen, in unserer Sprache zu eskalieren, gewinnen nur die, die es immer noch einfacher und noch klarer ausdrücken können. Ich warne vor einem Populismuswettbewerb mit der AfD.“

Das sagte Erzbischof Kardinal Woelki. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Und nun hat sich für die FDP-Fraktion noch einmal Herr Dr. Stamp zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kardinal Woelki hat recht, Herr Ünal. Dem ist nichts hinzuzufügen, das ist völlig richtig. Das war ja nun auch ganz klar an die Adresse nach Bayern gerichtet. Ich muss auch ganz ehrlich sagen: Ich würde mich freuen, wenn in Deutschland einmal wieder mehr darüber diskutiert werden würde, welche positiven Vorschläge aus Nordrhein-Westfalen kommen, als über jeden Rülpser aus München.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

Aber dafür muss dann eben auch etwas kommen.

Frau Altenkamp, auf eines möchte ich noch einmal hinweisen; denn das gehört auch zu der Debatte dazu: Was die Integrationspolitik angeht, so gibt es den Konsens der demokratischen Fraktionen hier nicht. Ich will noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Piraten die Resolution ebenfalls abgelehnt haben. Sie können somit jetzt nicht versuchen, uns in irgendeine Ecke zu stellen. Das wird Ihnen nicht gelingen. Jeder, der uns kennt und weiß, wie wir inhaltlich arbeiten, weiß das auch.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte noch einmal konkret auf das Thema „Schulpflicht“ eingehen; denn an dieser Stelle wird es auch noch einmal im Unterschied deutlich. Frau Ministerin Löhrmann, die im Übrigen die Einzige in der Debatte gewesen ist, die seitens der regierungstragenden Fraktionen auf das Thema eingegangen ist, hat bei diesem Thema wieder einmal nur Modellprojekte bemüht und wieder nur Einzelfälle beschrieben.

Sie hat dann wieder Modellprojekte bemüht und Einzelfälle beschrieben. Das ist doch das Grundproblem rot-grüner Politik in Nordrhein-Westfalen. Auch für soziale Randgruppen, bei „Kein Kind zurücklassen!“ usw., werden immer irgendwelche Modellprojekte beschrieben, in denen es einen Fortschritt gibt. Insgesamt funktioniert es aber nicht.

(Beifall von der FDP)

Sie sind zum großen Wurf, den die Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen braucht, schlichtweg nicht fähig, denn das wäre die erweiterte Schulpflicht; das haben alle Experten in der Anhörung ausdrücklich gesagt. Sie scheuen sich davor, dafür die Verantwortung zu übernehmen.

(Martina Maaßen [GRÜNE]: Nicht wahr! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist keine fachliche Diskussion!)

Herr Ünal, Sie haben zu Recht beschrieben, dass Nordrhein-Westfalen eine positive Einwanderungsgeschichte hat. Sie haben viele Beispiele genannt, Herr Laschet hat vorhin auch Mesut Özil erwähnt. Es gibt viele tolle Biografien, das ist überhaupt keine Frage.

Wenn wir uns ehrlich machen, wissen wir aber auch, dass auch bei der ersten Einwanderergeneration in den Fünfziger- und Sechzigerjahren Fehler gemacht worden sind, weil man keine aktive Integrationspolitik in dem Umfang gemacht hat, wie es nötig gewesen wäre, weil man gesagt hat, das sind Gastarbeiter, die gehen ohnehin wieder nach Hause, oder weil die politische Linke gesagt hat: Jeder, der zu uns kommt, ist automatisch eine Bereicherung, da brauchen wir keine aktive Integrationspolitik. – Daraus resultierend haben sich Defizite gebildet, das wissen wir doch alle.

Genau diesen Fehler dürfen wir jetzt bei den Flüchtlingen nicht wiederholen. Deswegen ist eine andere, eine viel verbindlichere Integrationspolitik nötig als das, was Sie hier vorlegen. Deswegen bleiben wir dabei: Wir lehnen den Integrationsplan ab. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Nun hat sich für die Piratenfraktion noch einmal Frau Kollegin Brand gemeldet.

Simone Brand (PIRATEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren, liebe Zuschauer! Ganz kurz noch einmal zu dem, was Frau Altenkamp gesagt hat: Sie meinte, wir würden uns einzig auf die Forderung eines Ministeriums konzentrieren. Ich habe, denke ich, klar dargestellt, dass wir drei Säulen fordern, die alle gleich wichtig sind. Das ist wie ein dreibeiniger Stuhl. Wenn man davon nur ein Bein nimmt, klappt das Ganze auch nicht.

Diese eine Forderung nach einem Ministerium ist noch nicht einmal ursprünglich von uns. Das hat der ehemalige Integrationsminister Schneider gefordert, und wir haben es übernommen – nur falls das in Vergessenheit geraten ist. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brand. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Schmeltzer das Wort.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In aller Kürze zu einigen Punkten, die dargestellt wurden, bei denen man ein bisschen Klarstellung hineinbringen muss:

Herr Kollege Stamp, wenn Sie davon sprechen, dass wir immer nur über Modellprojekte reden und gleichzeitig den Integration Point als eine Angelegenheit herausstellen, die wir gar nicht zu vertreten haben: Wir sind das einzige Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, das diesen Integration Point mit 83 Standorten flächendeckend aufgebaut hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten Ihnen vor, dass Sprachkurse fehlen, dann frage ich: Wie war das denn bei der Diskussion zum Integrationsgesetz auf Bundesebene? Wie war das denn mit der Bundesregierung, insbesondere mit dem Bundesfinanzminister, wenn es darum ging, die Integrationskurse auszuweiten?

Wir haben nicht genügend Integrationskurse, das ist richtig, das muss ausgeweitet werden. Hier muss aber die finanzpolitische Blockade weg. Es reicht nicht, zu sagen, wir erhöhen die Teilnehmerzahl im Integrationskurs von 20 auf 25. Da wird Sie jeder vor Ort auslachen, weil es schon die Regel ist, auf 25 Teilnehmer zu erhöhen. – Also ausweiten!

Deswegen haben wir in Nordrhein-Westfalen – auch das stimmt nicht in Ihrem Antrag – zusätzliches Geld in die Hand genommen. Wir haben 4.000 Basissprachkursplätze ausgewiesen. Die Ministerpräsidentin stand Anfang des Jahres hier und hat gesagt, wir werden dieses Jahr wieder 4.000 Kursplätze ausweisen, und wenn sie nicht reichen, werden wir das erhöhen. – Das haben wir mittlerweile auch getan. Schreiben Sie in Ihren Anträgen keine Unwahrheiten!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Es stimmt halt nicht!)

Die Kurse sind nicht nur für Menschen aus Herkunftsländern mit guter Bleibeperspektive, sondern es geht darüber hinaus, Herr Kollege Stamp. Das gehört auch zur Wahrheit!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bei all den Punkten, die Sie angesprochen haben: Wir sind als einziges und erstes Bundesland in Deutschland in der Diskussion, einen Integrationsplan mit Zielen zu definieren, so wie wir es 2001 und in den Folgejahren auch schon getan haben.

Ich bin eigentlich sehr traurig darüber, dass Sie aus wahltaktischen Gründen, weil Sie sich in der Diskussion abgrenzen wollen, solch einen Konsens verlassen haben. Wir müssen in der Tat sehen, dass wir diese Ziele gemeinsam formulieren.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wie die Piraten! – Christian Lindner [FDP]: Ja, ihr seid jetzt auch nach rechts gerückt!)

Sehen Sie sich an, wie die guten Beispiele, die wir jetzt schon im Land haben, funktionieren: weil sich dort Ehrenamt, Institutionen, Vereine, Verbände, Wirtschaft und insbesondere einzelne Bürger engagieren. Schauen Sie sich die Seite www.das-machen-wir.nrw an, da werden Sie es sehen. Das in Kombination mit den Zielen, die im Integrationsplan formuliert sind, ist eine Erfolgsstory der Integrationsarbeit in Nordrhein-Westfalen. Darauf können wir alle stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Letzter Punkt, in Richtung des Kollegen Kuper, was „Wohnsitzauflage“ bedeutet: Herr Kuper, Sie können gerne Bayern und Baden-Württemberg anführen, das nehme ich sehr gern entgegen. – Baden-Württemberg hat keine verbindliche Regelung. Sie haben per Presseerklärung die Städte darauf hingewiesen, dass etwas kommen mag, wonach sie schon einmal schauen sollen.

Bayern macht sich einen sehr schlanken Fuß, indem die Staatsregierung dort eine „Verordnung“ – in Anführungsstrichen – herausgibt und das letztendlich auf die Bezirksregierungen abwälzt, damit die den Landkreisen etwas zuschieben können. Damit sind keine Städte und Gemeinden angesprochen. Damit sind die gesamten im Integrationsgesetz genannten Punkte überhaupt nicht berücksichtigt worden. In Bayern ist alles offen.

Und was machen wir? – weil Sie ja beklagen, dass wir das falsch machen –: Wir machen das im Rahmen einer Rechtsverordnung, in einem sehr guten, erprobten Beteiligungsverfahren. Da dürften Sie sich eigentlich gar nicht beklagen, da müssten Sie uns dankbar sein. Denn dieses Verfahren geht nicht nur in die Anhörung, was normal ist, über die Landesregierung nach einem Kabinettsbeschluss, sondern wir beteiligen das Parlament in diesem Land. Es gehört für uns zur demokratischen Grundlinie, dass Sie beteiligt werden. Dann beklagen Sie sich doch nicht! Wir hören Sie sogar an, Herr Kollege Kuper.

Dann sind wir auf dem richtigen Weg, und das unter Berücksichtigung …

(Beifall von der SPD – Lutz Lienenkämper [CDU]: Na großartig! Großartig, dass Sie uns von oben herab anhören! Da sollen wir dankbar sein? – Ralf Witzel [FDP]: Was für eine unfassbare Arroganz!)

– Das wird doch nicht besser durch Schreien, Herr Lienenkämper. Sie wissen, ich kann auch zurückschreien. Das nützt doch nichts. – Das unter Berücksichtigung der Punkte, die im Integrationsausschuss als Integrationsschlüssel benannt wurden, das ist der richtige Weg.

Dass Sie sich jetzt über parlamentarische Beteiligung beklagen, ist schon ein sehr trauriger Akt, Herr Kollege Lienenkämper. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Ein bisschen hat die Landesregierung überzogen, nämlich um 3:14 Minuten. Das ist schon mal so im Eifer des wichtigen Gefechtes. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und gehe davon aus, dass jetzt alles von allen gesagt wurde.

Wir können also zur Abstimmung schreiten. Das bedeutet, dass wir drei Abstimmungen vorzunehmen haben, und zwar erstens über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/11229.

Der Integrationsausschuss empfiehlt in Drucksache 16/12382, den Antrag Drucksache 16/11229 anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag selbst, nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Antrag zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piratenfraktion.

(Jochen Ott [SPD]: Die anwesenden zehn von der CDU! Das ist ein wichtiges Thema für die CDU! Da sind viele anwesend!)

Gibt es Enthaltungen? – Die sehe ich nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11229** mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Zweitens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/12916. Wer stimmt für den Antrag der FDP? – Die FDP-Fraktion. Wer stimmt gegen den Antrag der FDP? – SPD, Grüne und Piraten. Wer enthält sich? – Es enthält sich die CDU-Fraktion.

(Jochen Ott [SPD]: Die zehn von der CDU!)

Also ist der **Antrag Drucksache 16/12916** mit breiter Mehrheit im Hohen Haus bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/12918. Wer stimmt diesem Piraten-Antrag zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist so beschlossen. Der **Antrag Drucksache 16/12918** ist mit breiter Mehrheit **abgelehnt** worden. – Vielen Dank für diese drei Abstimmungen.

Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016)

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/12117. Ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit: Wir stimmen somit in der dritten Lesung über den geänderten Gesetzentwurf nach der zweiten Lesung ab. Da das Beratungsverfahren hiermit abgeschlossen wird, handelt es sich um eine Schlussabstimmung nach § 76 Abs. 3 der Geschäftsordnung.

Wer also für die Annahme des Gesetzentwurfs in der geänderten Fassung nach der zweiten Lesung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Grüne sind dafür. Wer ist dagegen? – CDU, FDP, Piraten sowie der fraktionslose Kollege Schwerd sind dagegen. Herr Stüttgen, fraktionslos hat mit SPD und Grünen gestimmt.

Damit steht fest, dass der **in der zweiten Lesung geänderte Gesetzentwurf Drucksache 16/12117 in dritter Lesung** mit breiter Mehrheit, nämlich der der Koalitionsfraktionen, hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen **angenommen** und **verabschiedet** ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch einen **Hinweis**. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, weise ich der Klarstellung halber darauf hin, dass der Abstimmungsgegenstand bei der **Abstimmung zu TOP 1** nicht der ursprüngliche Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/11229, sondern der Antrag in der durch die Beschlussempfehlung des Integrationsausschusses Drucksache 16/11229 geänderten Fassung war. Der Ordnung halber – ich sehe keinen Widerspruch dazu, das ist auch nicht anzunehmen. Damit haben alle diesen Abstimmungsgegenstand auch in dieser Weise verstanden.

Ich rufe auf:

3 Ceta-Abkommen baldmöglichst ratifizieren

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12831

Entschließungsantrag
des Abg. Schwerd (fraktionslos)
Drucksache 16/12905

In Verbindung mit:

NRW muss das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA ablehnen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12844

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kerkhoff das Wort für die CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sind schon verrückte Zeiten. Kardinal Marx, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, wirbt für das Handelsabkommen TTIP. Sigmar Gabriel, Bundeswirtschaftsminister und SPD-Bundesvorsitzender, hält TTIP dagegen für tot, nachdem er es auf dem Altar der innerparteilichen Machtspielchen geopfert hat.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Ich zitiere: „Die SPD ist schon immer eine Partei gewesen, die Handelsabkommen unterstützt hat.“ – Zitat Ende.

Dieser Satz der Ministerpräsidentin wirkt da etwas aus der Welt gefallen. Sie hat ihn erst vor wenigen Wochen in einem Interview mit den „Aachener Nachrichten“ gesagt. Es wäre schön, wenn dies stimmen würde und sich die SPD auf allen Ebenen und mit aller Kraft dafür einsetzen würde, dass sowohl CETA als auch TTIP vorangebracht und rasch ratifiziert werden. Damit würden Sie unserem Land wirklich einen großen Dienst erweisen

(Ministerin Barbara Steffens: Einen Bärendienst erweisen!)

und auch einmal dazu beitragen, dass es wieder wirtschaftlich vorangeht in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Unser Land ist ein immer noch starkes Exportland. Im Sauerland, im Münsterland, in Ostwestfalen, im Bergischen Land und am Niederrhein sitzen zahlreiche, zumeist mittelständische Unternehmen, die in ihrem Bereich absolute Spitzenreiter und Weltmarktführer sind. Sie exportieren ihre Waren in die ganze Welt. Und die gesamte Exportsumme unseres Landes betrug im Jahr 181,5 Milliarden €.

Wenn wir unsere starke Exportwirtschaft nicht hätten, dann sähe die Situation in Nordrhein-Westfalen noch deutlich schlechter aus. Dann hätten wir noch nicht einmal mehr Nullwachstum, sondern Rezession. In einer solchen Situation muss man alles dafür tun, dass die starken Bereiche unserer Wirtschaft stark bleiben, mehr noch, dass sie stärker werden.

(Beifall von der CDU)

Für die Exportwirtschaft spielt der Zugang zu anderen Märkten dabei eine zentrale Rolle. Kanada ist ein wichtiger Handelspartner der deutschen Wirtschaft. Im vergangenen Jahr haben deutsche Unternehmen Waren im Werte von knapp 10 Milliarden € dorthin exportiert.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Jetzt mal in Prozentzahlen!)

Während Nordrhein-Westfalens Wirtschaft stagniert, wächst die kanadische Wirtschaft seit vielen Jahren um bis zu 3 % jährlich. Durch CETA sollen innerhalb